

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. August 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsanträge usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 99

Bestellungen auf den „Korrespondent“ müssen monatlich oder vierteljährlich so zeitig bewerkstelligt werden, daß eine Verzögerung in der Auslieferung durch die Post unmöglich wird.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Einige Kernfragen der sozialen Hygiene (Schluß). — Fünfter Kongress der Schriftgießer Deutschlands. — Verschiedene Druckfacheneingänge.

Das Buchgewerbe im Auslande: Holland. — Rußland. — Amerika. **Aus dem Genossenschaftsleben:** Das Baugenossenschaftswesen.

Korrespondenzen: Reußen (M.-S.). — Danzig. — Donauwörth. — Duisburg (S. B.). — Gdingen. — Greifswald. — Heidelberg (M.-S.). — Somburg v. d. S. — Mannheim. — Weimar.

Rundschau: Konkurs. — Ein Buchbrief. — Gewerkschaftsangestellter und § 193 des Strafgesetzbuchs. — Schadenersatz an Arbeitswilige. — Beschäftigten und öffentliches Interesse. — Das Problem der Arbeiterwanderungen. — Oberflächliche Kritik. — Breitenplatzaktion und Streiks. — Geschichte der „nationalen“ Prose. — Schaltenzeiten der Lohnämter. — Russische Kulturarbeit in Preußen.

Einige Kernfragen der sozialen

Hygiene

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

(Schluß.)

In diesem Zusammenhange sind wohl einige Worte über das Wohnungsproblem am Platze. Seine Bedeutung liegt am besten aus dem Ausspruch der Wohnungshygieniker: Die Tuberkulose ist eine Wohnungsfrage! Im speziellen sollen die Sinterwohnungen umgelenkt sein. „Es ist besonders hervorzuheben“, führt Professor Dr. Kaup in der sehr umfangreichen Arbeit im „Handwörterbuch der Sozialen Hygiene“ aus, „daß Sinterwohnungen weder die Möglichkeit einer wünschenswerten Lüfterneuerung noch Belüftung in dem Grade besitzen, um als gesunde Wohnungen bezeichnet werden zu können.“ Eine genügende Durchlüftung der Sinterwohnungen sei kaum möglich. Sie seien gesundheitlich ebenso nachteilig wie die nordenglischen „Wand-an-Wand-Kücher“. Einen sehr hohen Prozentsatz von Sinterwohnungen hätten außer den Städten von Groß-Berlin nach Magdeburg, Posen und Halle. Was in den diesem Abschnitt vorangegangenen Erörterungen über die Arbeitsstätten unter der Erde gesagt wurde, gilt natürlich auch für Wohnungen in dieser Lage (Kellerwohnungen). Aber außer der Höhenlage der Wohnungen wirkt auch die Belegungsdichte der einzelnen Zimmer in hohem Maß auf die Gesundheit ein. Erhebungen dieser Art in Groß-Berlin lassen es durchaus gerechtfertigt erscheinen, von der Tuberkulose als einer Wohnungsfrage zu sprechen. Es ergab sich, daß etwa 10 Proz. der Erkrankten ihr Lager mit andern Personen teilen mußten. Wenn man bedenkt, daß ein Viertel der Erkrankten lungenkrank ist, und etwa ein Sechstel an akuten Infektionskrankheiten erkrankt ist, läßt sich ermaßen, wie groß die Gefahr der Übertragung der Krankheiten auf andre Personen ist.

Der Satz, daß die Tuberkulose eine Wohnungsfrage sei, erfordert noch eine Ergänzung. Man könnte ihn vielleicht so vervollständigen: Die Säuglingssterblichkeit (Kinder, die im ersten Lebensjahre gestorben sind) ist in hohem Maße von der Art und Lage der Wohnung abhängig. Namentlich im Sommer üben solche Wohnungen ihre schlechte Wirkung aus. Die tödlich ausgehenden sogenannten Magen-Darmkatarrhe der Säuglinge seien in der Regel nichts andres als schwere, tödlich endende, durch Wärmeausstrahlung verursachte Hitzeerschütterungen des Körpers. Säugler in schmalen, windigen Straßen, enge Höfe, alte verbrauchte Häuser, in denen eine Lüfterneuerung und Wärmeabgabe erschwert ist, zeigten die größte Kindersterblichkeit. Hierher gehören auch die Hinterhäuser und Seitengebäude. Die überaus große Kindersterblichkeit wird hervorgerufen durch hohe Lufttemperatur und mangelhafte Lüftung, durch den großen Feuchtigkeitsgehalt der Luft; die Wärmeregulierung durch Wasserverdunstung ist gerade in diesen Wohnungen sehr erschwert. Mit andern Wohnungsreformen verknüpft sich Dr. Kaup nur eine Besserung durch Schaffung luftiger Kleinwohnungshäuser und Befestigung der Mietkasernen und durch Förderung des Selbstwillens.

Es sei hier noch kurz darauf hingewiesen, daß die ungesunden Häuser der besprochenen Art auch für andre

Krankheiten gefährlich sind; so z. B. für die Rachitis, wie G. Levy nachweist. Von 1000 Erstimpfungen wurden 532 in Wohnungen, bestehend aus Stube und Küche, gefunden. Von diesen waren nur 14 frei von Rachitis (englische Krankheit oder mangelhafte Knochenbildung in den frühesten Kinderjahren). Von diesen wiesen 16 Rachitis leichten Grades, 173 mittlere, 262 schwerere und 47 Zeichen sehr schweren Grades auf.

Die Schädigungen der Gesundheit durch ungesunde Wohnungen sind mannigfacher Art. Sozialpolitiker und Wohnungshygieniker sind einig darin, daß die geschädigten Wohnungen eine Quelle vieler Krankheiten sind. Sie zu beheben und die Quelle zum Verschwinden zu bringen, sind Aufgaben, an denen wir uns alle beteiligen müssen. Vor allem aber kommt es dem Staat und den Gemeindeverwaltungen zu, besser einzugreifen. Neben dem gemeinnützigen Wohnungsbau sind auch alle die gemeinnützigen Bestrebungen von Bedeutung, die für Luft und Licht und Bewegungsfreiheit im Wohnungsweisen sorgen.

Als eine Kernfrage der sozialen Hygiene ist die Frage des Alkoholismus und die der Tuberkulose anzupacken. Darüber ist schon viel geredet und geschrieben worden. Diese Dinge sind aber so wichtig, daß es nötig erscheint, wenigstens auf die Hauptergebnisse der neueren Forschungen hinzuweisen.

Mit der Frage des Alkoholismus befaßte sich Dr. Grosjahn sehr eingehend. Er betont, daß der Alkoholismus sehr viele Schäden im Gefolge habe; er weist aber auch darauf hin, daß hier unbillige Forderungen gestellt werden. Man müsse das Wesen des Alkohols zu ergründen suchen, wenn man zu richtigen Folgerungen kommen wolle. Die narzotischen Stoffe (See, Kakao, Kaffee, Bier, Wein usw.) dienen nicht der Notdurft, sondern dem Genuße. Diese Stoffe wirken nicht hauptsächlich durch ihren Geschmack genussbringend, sondern sie beeinflussen direkt die Großhirnrinde und erwecken Lustempfindungen, die von der Tätigkeit der Sinneswerkzeuge oder von lusterweckenden Wahrnehmungen der Außenwelt vollkommen unabhängig seien. Die Stärke und Dauer dieser Empfindungen könnten wir erhöhen oder verringern und dadurch nehme diese Art und Weise, zu genießen, eine außerordentliche Stellung im Genußleben ein. Es gäbe kein einfacheres Mittel, unabhängig von den aus der Außenwelt stammenden Wahrnehmungen und unabhängig von den Tätigkeiten der Sinneswerkzeuge Lustempfindungen hervorzurufen.

Was von den narzotischen Mitteln im allgemeinen gelte, das treffe für den Alkohol in besonderem Maße. Was alles dem Alkohole beigegeben werde, um ihn schmackhaft zu machen, sei nicht entscheidend für seinen Verbrauch; nicht der Wohlgeschmack sei es, der ihm seine Stellung einräume, sondern das durch ihn hervorgerufene Wohlgefühl (Euphorie). „Diese Euphorie als direkte Reizung der Gehirnrinde hat der Mensch überall als große Wohlfahrt empfunden.“ An dem Aufgeben des Alkohols zweifelt Grosjahn. Dem Arzt und Hygieniker stellt er die Aufgabe, festzustellen, ob diese Euphorie schädlich ist, und wenn nicht, welche Mengen von Alkohol genossen werden dürfen, wenn sie ihre Vorzüge entfalten sollen, ohne dabei Schaden zu stiften.

Die Beantwortung dieser Frage weist uns nachdrücklich darauf hin, daß es für einzelne Menschen (körperlich und seelisch kranke) unbedingt nötig ist, sich gänzlich des Alkohols zu enthalten. Die Herz- und Leberkranken, die Nervösen, die geistig Minderwertigen gehören zu denen, die völlige Enthaltensamkeit üben müssen. Die Nichtbefolgung der völligen Enthaltensamkeit führt in der Regel zu schweren körperlichen und seelischen Störungen. Die chronischen Trinker (regelmäßig und in größeren Mengen) müssen sich ebenfalls des Alkohols enthalten. Für alle diese darf die Forderung nicht Mäßigkeit lauten, sondern vollständige Enthaltensamkeit von jeder Art Alkohol, denn die gewollte Mäßigung führt bei diesen fast immer zum Übermaß und Mißbrauch. Darum, völlige Enthaltensamkeit!

In den kräftesten Farben sind uns die Folgen des Mißbrauchs von Alkohol ausgemalt worden: Vergehen, Verbrechen, Minderung des Gedächtnisses und des Verstandes, Vernachlässigung der familiären und beruflichen Pflichten, Verarmung und sittliche und körperliche Entartung. Alle diese üblen Erscheinungen des Alkoholismus liegen offen zutage. Chronische Trinker sind kranke Menschen. Ein kranker Mensch darf aber nicht das essen und trinken, was ein gesunder ohne jede Schädigung ertragen kann.

Für die gefundenen, nervenstarken Männer dürfte man, soviel sie durch die Wissenschaft festgelegt, einen Liter Bier täglich und einen halben Liter Landwein als unbedenklich

für den Körper annehmen. Frauen könnten kaum die Hälfte ohne Schaden ertragen. Bei Leuten über dem 60. Lebensjahre dürfe auch über das den gesunden Männern erlaubte Maß hinausgegangen werden, da bei ihrer geringeren Lebenserwartung es kaum anzunehmen ist, daß durch gesundheitlicher Schaden von Belang angerichtet werden kann. Sie sollten aber den Alkohol in möglichst konzentrierter Form genießen, dann bekomme er ihnen. Vieles sei ihnen nur zu gönnen, da im Greisenalter das Bestreben gerechtfertigt sei, die Stimmung unabhängig von den Empfindungen der Außenwelt aufzubessern.

Gegen die Forderung, den Alkohol für alle samt und sonders zu verbieten (auch für die nervenstarken und gesunden Menschen), erhebt Grosjahn wichtige Bedenken. Wärslich: Die Forderung der völligen Enthaltensamkeit ist aber nicht nur unbillig, sondern auch undurchführbar! Immer mag es vorstellbar für einzelne oder gewisse Gruppen von Menschen sein, sich davon zu enthalten; aber für die große Masse verliere die euphorische Wirkung des Alkohols so lange nichts von ihrer Wirkung, als nicht die der Außenwelt entnommenen Wahrnehmungen in ganz überwiegendem Maß in der Betonung durch Lustgefühle dem Bewußtsein übermitteln würden. In den sorgenvollen heutigen Zeiten, bei so vielen Anlaufempfindungen, seien die Menschen froh, daß dieser Luftbringer und Anlaufabstumpfer vorhanden sei. Ihn aber nur deshalb aufzugeben, weil der Genuß in Mißbrauch ausarten könne, wolle den Menschen nicht recht einleuchten. Mit des Verfassers Worten: „Die Genußquellen, die dem Menschen fließen, sind nicht so zahlreich, daß eine der mächtigsten bloß deshalb verstopft werden dürfe, weil einzelne Individuen mit ihr Mißbrauch treiben.“

Noch eine Gelegenheitlicher und gewohnheitsmäßiger Genuß kann nicht streng genug auseinandergehalten werden: „Der erste ist harmlos und wird in der Regel spurlos vom Organismus überwunden. Der gewohnheitsmäßige Genuß birgt aber immer die Gefahr in sich, daß die Wirkung kumuliert (anhäuft) und die Zukunft erneuert wird, ehe die Wirkung der vorhandenen Libation (Alkoholgenusses) vollständig ausgeklungen ist.“ So werde die Großhirnrinde an den Alkohol gewöhnt und die anfänglich geringen Gaben müssen immer höher genommen werden, um die ursprünglich mit kleinen Mitteln erzielte Euphorie zu erzielen. Daher sei zu raten, vom regelmäßigen täglichen Genuß überhaupt zu lassen und nur gelegentlich Bier und Wein zu trinken.

Wohnungsfrage, Alkoholismus und Tuberkulose stehen in einem engen Verhältnis zueinander. Wir haben vernommen, daß schlechte Arbeitsstätten und Wohnungen der Tuberkulose Vorschub leisten, ebenso der Alkoholismus. Kinder von Sinterneigen neigen leicht zur Schwindelucht. Bahnbrechend in der Tuberkuloseforschung war Robert Koch. Nach den Angaben von Dr. Köhler entdeckte Koch die Ursache der Tuberkulose, dieser volksverheerenden Krankheit. Er nahm Reinzüchtungen des Erregers der Tuberkulose vor, stellte seine Beziehungen zum erkrankten Gewebe fest und schloß den Ring der Beweise durch die Erzeugung der Krankheit bei Übertragung der reingezüchteten Erreger auf geeignetes Tiermaterial. Später wurden die Erkenntnisse Kochs noch vervollständigt. Heute züchtet man diese Bazillen, um daran zu sehen, unter welchen Bedingungen sie sich entwickeln und wie man sie vernichten kann.

Aus den lehrreichen Auseinandersetzungen von Dr. Köhler sei besonders hervorgehoben, daß sich der Tuberkelbazillus im Auswurf in den Geweben und in der Milch besonders gut hält, dagegen weniger in künstlichen, wässrigen Aufschwemmungen aus der Kultur. Durch Temperaturen über 100 Grad wird er in verhältnismäßig kurzer Zeit vernichtet. Gegen Kälte, und wenn er im Boden vergraben wird, ist er lange widerstandsfähig; die Sonne dagegen vernichtet ihn sehr schnell. Diese Erkenntnis ist für die Praxis äußerst wertvoll.

Auf den noch unauflösbaren Streit, ob Tierüberföhen auf den Menschen übertragen werden können, sei wenigstens mit ein paar Worten hingewiesen. Sehr Jahre neigte man bald dazu, die Bazillen der Menschen- und Rinder-Tuberkulose für die gleichen zu halten, bald sie für verschieden zu erklären (Koch). In letzter Zeit aber ist man wenigstens darin übereingekommen, daß selbst im Falle der Gleichheit des Ansteckungstoffes für die Verbreitung der Tuberkulose von Mensch zu Mensch die Rinder-Tuberkulose nur eine verschwindend geringe Rolle spielen kann, und daß bei der Verbreitung unter den Menschen die Auscheidungen des erkrankten Menschen die Hauptrolle spielen.

Mannigfaltig waren auch die Wandlungen in der Auf- fassung der Hauptursachen der Tuberkulose. Heute ist man allgemein der Ansicht, daß soziale Ereignisse auf die Ver- breitung der Volksseuche einen bedeutenden Einfluß aus- üben. Diese Erkenntnis hat das Gute gehabt, daß über- haupt eine viel lebhaftere Gesundheitspflege auf viel breiterer Grundlage entstand. Der erkrankte oder von der Erkrankung bedrohte Mensch, mit dem wir zusammen- leben müssen, dessen Gleichmut oder frühzeitiger Tod ist nicht nur Verlust für die Seinen, sondern eine gesundheits- liche und wirtschaftliche Gefahr für die gesamte soziale Einheit.

Seitdem wir wissen, daß dieses Volksübel heilbar ist, versucht man ihm von allen Seiten beizukommen. Vor- beugende Maßnahmen (bessere Lebensbedingungen für die minderbemittelten Volksschichten zu schaffen; die Nahrung, Wohnung und Kleidung zu verbessern) zu treffen, gilt als Hauptbekämpfungsmittel. Die schon Erkrankten können in den Lungenheilstätten geheilt werden. In Krankenhäusern können besondere Abteilungen zur besseren Pflege eingerichtet werden, und wo auch die Aufnahme in ein Krankenhaus nicht erfolgen kann, da sollen Auskunfts- und Fürsorgestellen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Fürsorgestellen sollen Lungenkranke unentgeltlich unter- suchen, die erforderlichen Maßnahmen treffen und die Kranken in ihrer Fürsorge und Kontrolle behalten. Der Schaden, den diese volkswirtschaftliche Krankheit anrichtet, ist so groß, daß uns kein Aufwand zu ihrer Bekämpfung zu groß sein darf.

Nur ein kleines Kapitel aus der sozialen Hygiene kann in einer Abhandlung dieses Umfangs behandelt werden, nur einige Kernfragen sollten erörtert werden. Vieles könnte noch gesagt werden. Angezweifelt sei, daß die Ver- tretungen der Mutterchaftsfürsorge, Mutterchaftsversiche- rung, die bessere Regelung des Nahrungswesens, die Reform- kleidungsbestrebungen der Gehänderhaltung der breitesten Volksschichten dienen sollen. Krüppelfürsorge, Augenpflege, Blinden- und Taubstummenpflege können Werke schaffen, die wir früher ungenützt ließen. Die neuesten Forschungen im Waisen- und Armenwesen leisten ebenfalls brauchbare Dienste. Neues Leben möge aus den sozialhygienischen Forschungen im gesamten erwachsen! Dies ist unser Wunsch. Fab.

Fünfter Kongress der Schriftgießer Deutschlands

Samburg, den 21. August 1913.

Vierter Tag (Vormittagsitzung.)

Schneider eröffnet um 8 Uhr die Verhandlungen und kommt nochmals auf die Ausarbeitung der Lehrpläne zu sprechen.

„Bauknecht tritt für seinen Antrag: „Bildung einer technischen Kommission“, ein. Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, welche sich mit allen technischen Neuerungen zu be- fassen hat und ständige Fühlung mit der Zentralkommission haben soll.

Die Vorschläge der Diktionskommission übernimmt Greu- lich; sie werden debattelos angenommen.

Zum nächsten Punkte: „Besehung der Monotypemaschine und die bisherigen Erfahrungen hierzu“, verbreitet sich Kol- lege Paasch in eingehender Weise. Schon der Leipziger Schriftgießerkongress 1907 hat sich mit der Monotype be- schäftigt und erkannte an, daß diese Maschine eine scharfe Konkurrenz für den Schriftgießer sei. Auf die heutigen Verhältnisse treffe dies in erhöhtem Maße zu. Ihre Auf- gabe müsse es wie bisher sein, dahin zu streben, unsere Kollegen am Gießapparat dieser Maschine unterzubringen. Der Kongress müsse erneut bei der Revision des deutschen Buchdrucktarifs die Anträge einbringen, welche die Schrift- gießer betreffen. Und zwar soll angefordert werden: 1. Be- zehung des Gießapparats durch gelernte Schriftgießer. 2. Gleiche Arbeitszeit und Lohn wie die Maschinenföher. 3. Bedienung von höchstens zwei Gießapparaten. Das Weßgehen im Leipziger Buchgewerbe habe unliebsame Begleiterscheinungen gehabt, und es sei sehr zu verurteilen, wenn sich Kollegen zu solchen Veranlassungen, die eine Schädigung der Gehilfen bedeuten, finden. Es unterliege wohl keinem Zweifel, daß die Bedienung von drei Ma- schinen in der Praxis undurchführbar ist. Schon bei zwei Maschinen erfordere es volle Aufmerksamkeit und Hin- gabe, wenn ein gutes Funktionieren der Maschinen vor- sich gehen soll. Redner geht auf verschiedene Einzelheiten bei dem bereits erwähnten Weßgehen ein und kommt zu der Überzeugung, daß in einer Druckerei derartige Hilfsmittel, wie sie im Buchgewerbe zur Verfügung standen, gar nicht vorhanden sind. Auch in großen Betrieben, wo gewiß darauf gesehen werde, daß die Maschinen in leistungsfähigem Zustande sind, werden die von der Gesellschaft (S. Garda) und leider auch in neuerer Zeit von Kollegen in der Fachpresse angegebenen Leistungen nicht erzielt. In der Praxis habe sich gezeigt, daß die rektamehaft angekün- digten Leistungen höchstens zu einem Drittel erreicht werden. Kollege Paasch behandelt dann noch in ausführlicher Weise einige technische Fragen sowie die Erlernung der Monotypemaschine.

Bauknecht vertritt den Standpunkt, daß sich für diese Maschine nur tüchtige und gesunde Kollegen eignen. Es sei festzustellen, daß wir öfters nicht in der Lage waren, genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Schneider bringt den zwischen der Firma S. Garda und dem Berliner Gewerkschaftsvereinbarung Vertrag be- treffs der Erlernung der Monotype zur Kenntnis des Kon- gresses und vertritt die Meinung, daß verlußt worden ist,

alles für die Kollegen zu tun. Im allgemeinen sei die Firma Garda den Anforderungen der Gehilfen entgegen- gekommen.

Kerften macht ebenfalls längere Ausführungen hierzu. In Österreich sei es faristisch festgelegt, daß nur gelernte Gießer am Gießapparat beschäftigt werden. Der Erfolg für die gemachten Ausgaben zur Erlernung der Monotype sei nicht ausgefallen. Es seien laut Statistik 130 Schrift- gießer zurzeit in Deutschland an der Monotype beschäftigt. Er müsse bedauern, daß viele Kollegen zur Gießerei zurück- kehren, und es müsse hier versucht werden, Abhilfe zu schaffen. Greulichermesse haben sich auch dieöhne ge- bessert; eine Ausnahme mache nur Leipzig, wo teilweise noch recht niedrigeöhne gezahlt werden. In der Provinz sind dieöhne manchmal höher als die der Lasterkollegen. Der Aufenthalt in den überflutigen Räumen sei sehr un- gesund, und es sei eine anständige Bezahlung am Platze. Die Inhaber von Monotypebetrieben haben sich zusammen- gefunden und eine Vereinigung gebildet. Diese Vereinigung sammle Material zur nächsten Tarifrevision, um eine Verlecherung herbeizuführen. Es sei dringend not- wendig, daß auch die Gehilfen etwas vorsichtig sind. Kol- lege Kerften verbreitet sich noch des längeren über die Tätigkeit sowie die Erlernung der Monotype. Wäre diese Maschine nicht so teuer, so hätte sie noch mehr Einführung gefunden.

Röder meint, daß wohl das erreicht sei was zu er- reichen war. Wenn Kollegen für diese Maschine Reklame machen, müsse dem entgegengetreten werden.

Flaschmann sagt, man kann an der Anzahl der an der Monotype beschäftigten Kollegen ersehen, wie wichtig dies für die Schriftgießer ist. Der Vorstandsvorsitzende habe den Bestrebungen der Schriftgießer weitgehendes Entgegen- kommen zuteil werden lassen. Daß manchmal Mangel an Arbeitskräften gewesen, habe wohl seinen Grund in der Arbeitsweise und in der Entlohnung an dieser Maschine. Es sei zwar bedauerlich, wenn Kollegen von der Monotype zur Gießerei zurückkehren, es habe aber auch seine Ursachen.

Döblin verliest aus dem Buchdruckerartise die Be- stimmungen, wonach nur Gießer oder Seher am Gieß- apparat der Monotype beschäftigt werden dürfen. Er findet den hier geäußerten Standpunkt einzelner Redner etwas engherzig. Die Gießer möchten sich in dieser Frage nicht so in den Vordergrund stellen. Die Bedienung von drei Maschinen habe auch das Tarifamt beschäftigt. Wenn ein Gießer wieder zur Gießerei zurückkehre, müsse bezüg- lich der Rückzahlung der Unterfützung etwas geschehen, um dem etwas entgegenzutreten. Es sei nicht notwendig, einen Befehl zu fassen, man solle nur so weiter arbeiten wie bisher.

Jahn hält eine gründliche Aussprache über diesen für die Schriftgießer so wichtigen Punkt für notwendig, und geht des längeren auf die Leipziger Verhältnisse ein. Könnte auch der Kongress zurzeit keine Anträge stellen, so müsse doch eine Willenshumbildung zum Ausdruck gebracht werden.

Dornis warnt vor Beschlüssen, die einen Widerspruch der andern Mitglieder hervorgerufen müßten. Das statistische Verhältnis ist doch nicht als schlecht zu bezeichnen.

Nachdem noch Krämer, Gräf und Kerften sich geäußert, wird nachstehender Antrag Kerften angenommen: „Angeichts der technischen Anwälzungen, unter denen das Schriftgießergewerbe ganz besonders zu leiden hat, er- wartet der fünfte Kongress der Schriftgießer Deutschlands, daß die Vertreter des Verbandes der Deutschen Buch- drucker bei den nächsten Tarifverhandlungen dahin wirken, daß die an den Monotypemaschinen Arbeitenden an Lohn und Arbeitszeit den Maschinenföher gleichgestellt werden. Der Kongress stehe ferner auf dem Standpunkte, daß eine Bedienung von mehr als zwei Gießmaschinen grundsätzlich zu verbieten ist.“

(Nachmittagsitzung.)

Die Unterfützung für die an der Rankton-Monotype lernenden Gießer betrug bisher für Mitglieder über 20 Jahre 20 Mk., für solche unter 20 Jahren 10 Mk. pro Woche.

Hierzu lag ein Antrag Offenbach vor, wonach die Lokal- vereine verpflichtet werden, bei Verheirateten pro Kind und Woche 1 Mk. auszuschießen. Dieser Antrag wurde von Krämer begründet.

Sansmann reicht hierzu einen Zusatzantrag ein, der folgendes befragt: Verläßt der Schriftgießer vor Ablauf eines Jahres die Kondition an der Monotypemaschine freiwillig, so hat er die Hälfte der bezogenen Unterfützung zurück- zuzahlen.

Flaschmann ist mit den Vorschlägen einverstanden. Aber die Kosten für die Unterfützung werden durch die Erhöhung zu hoch. Wenn wir allein die Lasten tragen müßten, so wären mindestens 2000 Mk. erforderlich. Man muß auch in Rechnung ziehen, daß die neu zu bildende technische Kommission auch Kosten verursachen wird. Es müßten dann die Beiträge zur Zentralkommission erhöht werden.

Schneider gibt noch die Bestimmungen des Vertrags mit der Firma Garda bekannt und bemerkt, daß 15 Pro- zent der deutschen Gießer an den Gießapparaten beschäftigt werden.

Die Resolution Kerften, der Antrag Offenbach mit Zusatzantrag Sansmann werden hierauf einstimmig an- genommen.

Inzwischen ist ein Antrag Lamb (Frankfurt a. M.) ein- gelaufen, der befragt: „Der Kongress wolle beschließen, daß das Arbeitsverhältnis der Zurricher und Mechaniker be- treffs Arbeitszeit dem der Schriftgießergehilfen gleichgestellt wird. Bei eventuellen Tarifabschlüssen ist diese Forderung den Prinzipalern mit zu unterbreiten.“

Eine Aussprache führt Jahn über die Frage herbei, ob es ratsam ist, die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen dem

Verbande der Buchdruckereihilfsarbeiter zuzuführen. Er tritt für diese Auffassung ein, weil die Schriftgießervereine namentlich den Arbeiterinnen zu wenig bieten können.

Bauknecht behauptet, daß früher in der Organisierung der Hilfsarbeiter viel vernünftiger worden ist.

Schneider ist dagegen, daß die Hilfsarbeiterinnen einem Zentralverbande zugeführt werden, weil sie dann wahrscheinlich auch aus den Schriftgießervereinen aus- scheiden würden. Dem stimmen andre Redner zu. Von anderer Seite wird der Metallarbeiterverband als geeignete Zentralorganisation für die Hilfsarbeiter angesehen.

Dieöhne der Hilfsarbeiterinnen sind in den einzelnen Gießstätten außerordentlich verschieden.

Bauknecht stellt fest, daß die Lohnverhältnisse in Berlin viel günstiger sind als in Stuttgart.

Lamb fordert die Delegierten auf, der Berliner Organi- sationsform nachzujustieren.

Raumann: Wir wollen keinen Beschluß herbeiführen, aber es liegt uns daran, die Lage der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen kennen zu lernen. Bei den Leipziger Tarif- verhandlungen hatten wir verschiedene Verbesserungsanträge für die Hilfsarbeiter zu begründen, fanden aber bei den Prinzipalern keinen Anklang damit.

Gröff stellt fest, daß die Lage der Hilfsarbeiter in München schlecht ist und nicht deren Erwartungen ent- spricht.

Schneider wünscht, daß alle die Hilfsarbeiterfrage be- treffenden Anträge zurückgezogen werden. Die betreffenden Gießervereine werden alles Mögliche tun und genügend dafür sorgen, den Hilfsarbeiterinnen und -arbeitern gerecht zu werden.

Der Antrag Schneiders wird vom Kongress ein- stimmig zurückgegeben.

Weiter tritt der Kongress dafür ein, daß die Arbeits- zeit für alle in der Schriftgießerei beschäftigten Arbeiter gleich sein soll.

Samburg, den 22. August 1913.

Fünfter Tag.

Schneider eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und stellt durch Verlesen der Präsenzliste fest, daß an jedem Sitzungs- tage sämtliche Delegierte anwesend waren. Hierauf gibt er bekannt, daß Kollege Döblin uns verlassen habe wegen dringender Verbandsgeschäfte und übermittelte dessen Grüße und die Genugtuung, die er von unsrer regen Tätigkeit empfing.

Da sich die Anträge von Dresden und Samburg be- treffs Lehrpläne durch den Antrag Bauknecht erledigt haben, gelangt Antrag 2 (Leipzig) zur Verhandlung.

Hierbei erfolgt eine kurze Debatte, in der zum Aus- druck gebracht wird, daß man die Lieferung von gutem Materiale bei Matern verlangen soll, ganz gleich, ob diese aus der Hausjustiererei oder von außerhalb kommen. Jeder Kollege hat aber auch die Pflicht, schlechtes Mate- rial zurückzukaufen und Entschädigung zu verlangen. Das ist Betrug, wäre überhaupt, wenn Proben im gewissen Maße gegoffen würden. Auch soll den Justierern ans-Setz- gelegt werden, keine ungelernen Arbeiter mit Justierarbeit zu beschäftigen und nicht unter dem faristisch festgelegten Preise zu arbeiten. Weitere Schritte werden der zu er- richtenden Technischen Kommission überlassen.

Ein Antrag Dresden, eine Prüfung der Küßermann- schen Schnellgießmaschine zwecks Tarifierung vorzunehmen, wurde durch Annahme folgender Resolution erledigt: „Die Küßermannsche Schnellgießmaschine ist nur bedingt als solche zu betrachten; wenn Vorgis oder Korpus darauf ge- stellt werden, so ist Bezahlung nach dem Foucher-Tarife vorzunehmen.“ Später soll die technische Kommission die Resultate aufnehmen.

Antrag Frankfurt betreffend Unterfützung an Zureisende nach einem in Arbeit geleisteten Wochenbeitrag erledigt sich, da das schon besteht. Der Absatz, die Karenzzeit auf 26 Wochen zu vereinheitlichen, wird zurückgezogen, da die Unterfützung in den einzelnen Gießstätten noch zu groß sind. Es soll aber eine Annäherung gesucht werden, soweit es die örtlichen Kassenverhältnisse erlauben.

Dem Wunsch von Gräf betreffs Schaffung einheitlich laufender Mitgliedskarten und mit der Angabe, ob der In- haber bezugsberechtigt am andern Orte war oder nicht, wird stattgegeben.

Zu dem Antrage, welcher die Wahlberechtigung be- handelt, wird ohne weitere Debatte einstimmig beschlossen: „Wähler sowie wahlberechtigt sind alle in Schriftgießerei beschäftigten Arbeiter, die neben der Verbands- zugehörigkeit noch Mitglieder des Schriftgießervereins sind. Für die Hilfsarbeiter bleibt die bisherige Form bestehen.“

Zur Wahl der Delegierten wird beschlossen, daß überall einfache Mehrheit nötig ist, um gewählt zu werden.

Ein Antrag Berlin auf Schaffung eines Arbeitsnach- weises wird zurückgezogen. Der zweite Absatz, welcher die Anmeldeung und Erkundigungseinziehung Zureisender be- handelt, wird angenommen.

Als nächster Punkt gelangt die Wahl der Zentra- lkommission zur Erledigung. Niemeier erklärt, daß er aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten möchte.

Darauf werden folgende Kollegen vorgeschlagen und auch einstimmig gewählt: Als erster Vorsitzender Flasch- mann, als Schriftführer Reintke, als Kassierer Höckerl, als Beisitzer Schneider und Schoder.

Bauknecht beantragt, wie bisher der Zentralkom- mission für ihre großen Leistungen 500 Mk. zu bewilligen. Er wünscht aber, daß dabei die Angehörigen des Kol- legen Boigt auch zu gleichem Teile berücksichtigt werden. Ohne Debatte wird der Vorschlag einstimmig an- genommen.

Ein Antrag Offenbach, den Kongress immer in der größten Gießstadt abzuhalten, wird zurückgezogen.

Als nächster Kongreßort wird, wenn die Zentralkommission aus besonderem Anlasse nicht genötigt sein sollte, einen andern Tagungsort vorzuschlagen, Stuttgart mit 22 gegen 6 Stimmen gewählt.

Darauf spricht Faschmann dem Kongresse namens des Vorstandes Dank aus für die arbeitsreiche Tätigkeit und wünscht, daß den gefaßten Beschlüssen der Erfolg nicht fehlen möge.

Reinke weist auf die graphische Ausstellung 1914 in Leipzig hin und wünscht, daß dort die Gießer Deutschlands an einem bestimmten Tage sich vereinigen möchten. Das Weitere wird dem Leipziger Vorstand überlassen.

Schneider zieht das Fazit der Verhandlungen wie folgt: Die Arbeit der Zentralkommission wurde anerkannt und gutgeheißen; eine technische Kommission für eventuell auftretende Neuheiten und deren Erprobung wurde eingesetzt; die Befugnisse der Zentralkommission wurden erweitert, indem sie in dringenden Fällen zu jeder notwendigen Sache eine Konferenz einberufen kann, um sofort etwas unternehmen zu können; das organisatorische Verhältnis hat sich gebessert, es sind nicht nur die Hilfsarbeiter dem Verbande beigetreten, sondern alle in Gießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gehören dem Gießerverein an (Hilfsarbeiter, bei denen dies noch nicht der Fall, sollen sich zentral organisieren); in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Berufe wird von den Prinzipalen ein Entgegenkommen gefordert, die Zahl der Erwerbslosen nicht noch durch Ausbildung neuer Lehrlinge zu erhöhen, sondern in nächster Zeit die Ausbildung etwas zu reduzieren; die tarifliche Lage ergab ein leidlich befriedigendes Bild; der Kongreß befragte die Zentralisation der Schriftgießertarife und eine Tarifgemeinschaft der Schriftgießer für verfrüht; der Kongreß sprach seine Befriedigung darüber aus, daß 130 Gießer in Deutschland an der Monotypie beschäftigt werden, wodurch viele unsern Arbeitslosenmarkt entvölkern. Der Zentralkommission gebührt Dank, daß sie es verstanden hat, diese Kollegen unterzubringen. Der Kongreß stellte außerdem fest, daß an der Monotypie eine Gleichberechtigung zwischen Kaiser und Gießer einzutreten hat, um auch ältere Kollegen daran unterzubringen, wenn die Zeiten noch schlechter werden sollten. Die ersten Aufbesserungen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind der Tätigkeit der Zentralkommission zuzuschreiben. Da hierin zugleich die Funktionäre ihre Richtlinien erhalten haben, liegt es jetzt an ihnen und den gesamten Kollegen, für Erfüllung dieser Forderungen mit der nötigen Energie und Kraft einzutreten und sie zur Durchführung zu bringen. Möge von allen Kollegen der Ernst der Zeit erkannt und gewürdigt werden, damit wir die Wirkungen eines ungemäßen einschneidenden technischen Überganges überwinden. Nur durch festen Zusammenhalt, wahre Kollegialität und Treue zur Organisation werden wir allen Unfindungen widerstehen und unsern Wohlsergehen die Wege ebnen.

Hierauf dankt Schneider dem Gavourfischer Dreier (Hamburg) sowie den als Gästen anwesenden Kollegen Pröpfer und Pieczyk für das bekannte Interesse. Dem Kollegen Niemeier spricht er seinen Dank aus für die bisherige Tätigkeit. Auch dem Gesangsverein „Gutenbergs“, dem Vorstand unsres Hamburger Brudervereins, den Kommissionen und Mitgliedern dankt er noch besonders.

Dreier, Herzog, Fröschl, Kunert und Niemeier geben ihrer Stimmung im Sinne des Gelingens Ausdruck und letztere danken gleichzeitig für die genossene Gastfreundschaft.

Schneider trägt den Delegierten schließlich noch die Grüße an die Mitglieder auf und wünscht, daß das gute Verhältnis unter den Schriftgießergewerkschaften so weiter bleibe, wie es jetzt ist. Darauf schließt er mit einem Hoch auf die gemeinsame Organisation, den Verband der Deutschen Buchdrucker, um 12 Uhr mittags die Sitzung und damit den Kongreß.

Das Buchgewerbe im Auslande

Holland. Unter den durch die Urabstimmung der Mitglieder des Allgemeinen Typographenbundes genehmigten Beschlüssen der letzten Hauptversammlung befindet sich auch die Anstellung eines dritten besoldeten Verbandsbeamten. Das Unterstützungswesen im Verband erfährt einige Änderungen, die mit dem 1. September d. J. in Kraft treten: 1. Die Arbeitslosenunterstützung wird von jetzt ab anstatt erst nach dem siebenten Tage der Arbeitslosigkeit gleich vom ersten Tag an ausbezahlt werden. 2. Der Bezug der Reiseunterstützung — bisher 50 Cents Tagesgeld und 50 Cents Schlafgeld — ist dahin umgeändert worden, daß die reisenden Mitglieder fortab 60 Cents Tagesgeld und 40 Cents Schlafgeld zu fordern haben. An reisende Mitglieder derjenigen ausländischen Verbände, welche dem Internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossen sind, wird ein Vorkauf von 60 Cents pro Tag ausbezahlt. Einen Anspruch auf Schlafgeld haben diese reisenden Kollegen jedoch nicht.

Vor Annahme einer Kondition bei der Firma Bloem & Diviers zu Kullenburg sind Erkundigungen beim Hauptvorstande des Typographenbundes in Amsterdam, Overtoom 32, einzuholen.

Der örtliche Typographenbund hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Amsterdam ab. Die sehr bescheidenen Einnahmen der Bundeskasse betragen 476,28, die Ausgaben 343,57 Gulden. Es soll eine Unterfuchung darüber veranfaßt werden, ob es möglich sei, das Bundesorgan, den „Christen Typograaf“, zweimal im Monat erscheinen zu lassen. Eine längere Diskussion rief der seitens des Prinzipalsvereins der Gehilfenchaft vorgelegte Lohn- tarifentwurf hervor. Mit aller Entschiedenheit drang man

darauf, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den Druckereien beschäftigten Buchbinder in den Vertrag mit aufgenommen würden. Bezüglich der Arbeitszeit sollen die Vertreter für eine tägliche 9/10stündige und während der Nacht für eine achttündige Arbeitsdauer eintreten.

Rußland. Nach vielem Hin und Her ist nun endlich der „Professionelle Verein der Arbeiter der Druckindustrie“ in Riga von der ständischen Gouvernementsbehörde für Vereinsangelegenheiten registriert worden. Somit haben die baltischen Bucharbeiter nach genau neunmonatiger Unterbrechung wieder eine Organisation aufzuweisen. Seit der Sturm- und Drangperiode des Jahres 1905 ist der neue Verein die vierte Bucharbeitergewerkschaft des Baltikums.

Die gebildete Welt Armeniens rüstet sich zur Feier des 1500jährigen Jubiläums der Erfindung der armenischen Buchstaben und des 400jährigen der armenischen Buchdruckerkunst. In ganz Armenien wie überhaupt in allen Ländern, in denen Armenier wohnen, findet dieses Ereignis reges Interesse. Das Zeitungswesen Armeniens hat einen ansehnlichen Aufschwung genommen. So konnte die Zeitung „Mschak“ vor kurzem ihr 40jähriges und die Zeitung „Mgbur“ ihr 30jähriges Bestehen feiern.

Amerika. Die Amerikaner, die ja für alles Extravagante schwärmen, haben selbstredend auch ihre Zeitungen recht sensationell ausgestattet, so daß man oft vor lauter Überschriften den Text nicht mehr sieht. Die Seite hat gewöhnlich sieben Spalten und jede Spalte der ersten Seite ist einer anderen Sensation gewidmet; jede Sensation aber hat wieder — vier Überschriften, eine größer als die andere, die größte selbstverständlich obenan. Es sei hier die Nummer eines New Yorker Blattes vom vergangenen Monat zitiert: „Militärpolizist befreit!“, dann kleiner: „Deutsche Armeevorlage im Reichstag angenommen“, noch kleiner: „Militärdenksteuern“, und in der üblichen Feilschrift darunter noch: „Reichskanzler gezwungen, Reform des Militärstrafrechts zu versprechen“. Nach diesen vielen Überschriften kommt dann endlich das Datum und der übrige Text. Ein andres Beispiel: „Stuffiger Bruderkampf!“, kleiner: „Balkanvölker maffarkieren sich jetzt mit wahrer Mordlust“, darunter: „Bulgaren, Serben und Griechen“, und wieder in Feilschrift: „Auf der ganzen Linie von Masendonien sowie nahe bei Saloniki ging das Morden los!“ Ähnlich wird über jedes Unglück, über die innere Politik und Verbrechen, stets mit diesen knalligen Überschriften berichtet.

Berschiedene Druckfacheneingänge

Ein alter Bekannter in stets neuem Gewand ist die alljährlich zusammengestellte Mappe der Münchner Fachschularbeiten. Es ist an dieser Stelle schon oft darauf hingewiesen, daß das Bestreben der Münchner Buchdrucker, dem Gewerbe gutausgebildeten Nachwuchs zu schaffen, an allen großen Druckorten durch Errichtung einer Fachschulwerkstätte Nachahmung finden sollte. Leider stehen noch viele größere Städte dieser Erkenntnis fern oder haben derart unvollkommene Einrichtungen getroffen, daß sie so gut wie nichts erreichen. Die diesmal vorliegende Mappe weist wiederum Muffen von allen meist vorkommenden Druckfacharten auf, und die Ausführung zeigt, wie verschiedenartig das gegebene Schrift- und Schmutzmaterial auf den verschiedensten Papieren angewandt werden kann. Das Erfreulichste ist dabei, daß diese Schule ausschließlich auf dem Boden der praktischen Arbeit steht und jede Neigung zu künstlerischer Betätigung dadurch auf ein andres Arbeitsfeld verweist: hier werden nur Buchdrucker erzogen. Bei der Gelegenheit sei noch vermerkt, daß die Fachschüler außer dem gewerblichen Unterricht auch den der Fortbildungsschulen genießen müssen, der sich hier aber namentlich auf theoretische Fragen des Gewerbes erstreckt.

Die Synographische Gesellschaft Nürnberg ließ ihre Satzungen drucken. Das in hellgrauem Zeinappieremtschlage fleckende achteitige Heftchen ist sehr geschmackvoll und übersichtlich gelegt. Auch die Druckbehandlung ist eine saubere und passende, so daß eine zeitgemäße Geschäftsdrucksache entstand.

Das gleiche gilt von den Satzungen des Graphischen Klubs in Stuttgart. Leider sind in dem „liffigen“ Karbon des Umschlages die Farben stark verunkelt, doch immerhin sind diese Satzungen eine vornehme Arbeit und ebenso wie die in drei Farben hergestellte Mitgliedskarte würdig, als Repräsentationsmittel einer fachtechnischen Vereinigung zu wirken. Bei der in Niemann-Kurvis ausgeführten Mitgliedskarte hätte die Farbe der Umrandung eine Nuance kräftiger gehalten sein können. — Eine ganz prächtige Arbeit ist das Heftchen, das anlässlich des Buchbinderverbandstages herausgegeben wurde. Der ausgezeichnete behandelte Satz weist die halbfette Deutsche Schrift von Koch auf und läßt die schöne Type zu guter Wirkung gelangen. Sauber und geschmackvoll ist der Druck des Innenanteils wie des einfachen, aber wirkungsvollen Umschlages.

Ein Verbeizirkular der Graphischen Vereinigung Offenbach ist sicher geeignet, für die fachtechnischen Interessen Propaganda zu machen, denn Satz und Druck des Rundschreibens sind so sorgfältig und sauber behandelt, daß es bei jedem Leser Interesse erwecken wird.

Der Buchdruckerlangweilerverein „Typographia“ in Haberstadt ließ zu seinem Sommerfest eine Karte herstellen, bei der die anheimelnde mit dem Typograviervorfahren ausgepartete Komposition eine recht aparte Wirkung erzielt. Die Behandlung des Satzes ist ebenfalls nicht steinmütlerlich, auch die Farben sind geschickt gewählt, so daß eine recht ansehnliche Arbeit entstand, die unser Zeit entspricht.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Das Baugenossenschaftswesen.

Es ist früher schon einmal in diesen Aufsätzen auf die zweite größere genossenschaftliche Konsumtenbewegung und ihre Bedeutung, das Baugenossenschaftswesen, hingewiesen („Korr.“, Nr. 128, Jahrgang 1910), und auch später ist das Thema im Verbandsorgane noch des öfteren behandelt worden, was beweist, daß dieser Frage Interesse und Verständnis entgegengebracht wird. Eigenlich wäre es verwunderlich, wenn dem nicht so wäre. Denn die Wohnungsfrage betrifft nun einmal den Teil des menschlichen Lebens, der neben der Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse das wichtigste zur Erhaltung der Gesundheit bedeutet. Und Gesundheit ist das Kapital des schaffenden Menschen, vor allem des Arbeiters!

Daß in neuerer Zeit sowohl reichs- als Landesgesetzgebungen in etwas stärkerem Maß als früher sich mit der Materie befaßt, ist auf die unhaltbaren Zustände zurückzuführen, die im Wohnungsweisen bestehen und die, zumal in hygienischer Beziehung, nicht nur eine Gefahr für die von der Wohnungsmisere unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die sozial höherstehenden Bevölkerungsschichten darstellen. Man darf nur an die Hamburger Choleraepidemie vom Jahre 1892 erinnern, um die große Bedeutung der Frage aufzuzeigen. Nun ist zu beachten, daß die Gesetzgebung sich mehr mit der hygienischen Seite der Wohnungsfrage befaßt, deren Wichtigkeit aber nicht abgeleitet von ihrer wirtschaftlichen betrachtet werden kann. Denn was nützen der minderbemittelten Bevölkerung reichs- und landesgesetzliche Vorschriften über Bauweise, kubischen Luftraum, Wohnungsinspektion usw., wenn nicht parallelgehend dafür gesorgt wird, daß die Mietpreise der Wohnungen durch solche Vorschriften nicht gesteigert, oder wenigstens durch sie ein Vorwand für die Steigerung nicht geschaffen wird.

Da muß die eigene Initiative der Wohnungskonsumten eingreifen, um die wirtschaftliche Seite der Frage zu betonen und ihre Lösung als gleichwertig neben die hygienische zu stellen. Die Aktionen der Gesetzgebung und der genossenschaftlichen Organisation müssen sich ergänzen. So wird allmählich der Zustand in der Wohnungsfrage herbeigeführt werden können, der im Interesse der Gesundheit, Sittlichkeit und last but not least der Volkswirtschaft und nach dem Stande der heutigen kulturellen Bedürfnisse und ihrer Befriedigungsmöglichkeit zu erstreben ist.

Richtig ist ja, daß seitens der Gesetzgebung und öffentlich-rechtlicher Institutionen wie der staatlichen Versicherungsanstalten auch einiges auf wirtschaftlichem Gebiete geschieht, um die Arbeit der Baugenossenschaften zu unterstützen, sie erfolgreicher und intensiver zu gestalten. Aber was will es angeht die Bedeutung der Sache — der besseren Wohnungsverföhrung für Millionen von Familien! — heißen, wenn das Reich für die Rechnungsjahre 1901—1912 im ganzen 45 Millionen Mark für derartige Zwecke „verwolligt“ hat? Ein Dreionnigt allein kostet gegenwärtig 60—65 Millionen Mark, und auf ihm „wohnen“ höchstens 1500 Einzelpersonen, d. h. die Bemannung und Belabung des Schiffs. Man könnte bei dieser unpolitischen Sache beinahe bitter werden, wenn man daran denkt, daß der 45-Millionenausgabe für Wohnungszwecke in zwölf Jahren eine solche für Militärs- und Marinezwecke im Betrage von mindestens 18 Milliarden — 18000 Millionen gegenübersteht. Mit der Hälfte dieser Summe wäre die ganze Wohnungsfrage in allen ihren Teilen zu lösen. Und noch manches andre mehr!

Aber man muß die Dinge nehmen, wie sie nun eben einmal liegen, wenn man nicht im Pessimismus und Skeptizismus verlusten will. Dazu ist auch gar keine Ursache vorhanden, denn es regt sich nun allmählich doch immer stärker in den Baugenossenschaften, den genossenschaftlichen Organisationen der Wohnungskonsumten.

In den Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“ über den neusten Stand des deutschen Genossenschaftswesens ist eine Statistik des Baugenossenschaftswesens enthalten, die namhafte Fortschritte auf diesem Gebiete nachweist. 1908 gab es 848 Baugenossenschaften mit 14841 Mitgliedern; 1911 aber 1167 Genossenschaften, deren Mitgliederzahl leider nicht annähernd festgestellt werden konnte, weil die Aufstellung einer Gesamtstatistik bis jetzt nicht möglich war. Von den 1167 Genossenschaften haben nämlich nur 773 zur Statistik der aufgeführten neun Baugenossenschaftsverbände berichtet, die aber immerhin schon 199000 Mitglieder zählten. Im Jahre 1905 hatte die Zahl der bestehenden Baugenossenschaften nur 405 mit 115801 Mitgliedern betragen. Die Anzahl der seit Bestehen der Genossenschaften errichteten Häuser belief sich im Jahre 1905 auf 8706. Im Jahre 1911 waren es 14144 Häuser, deren Herstellungspreis 405%, Millionen Mark betrug, gegen 111%, Millionen im Jahre 1905. Nach dem Stande der bestehenden Genossenschaften in den Jahren 1905—1911 dürften immerhin 60000 Häuser durch Baugenossenschaften zum Herstellungspreise von anderthalb Milliarden Mark erstellt worden sein. Da aber die nichtberichtigenden über ein Drittel des Gesamtstandes der Baugenossenschaften ausmachen, so kann man, allerdings nur schätzungsweise, annehmen, daß allein im Jahre 1911 die 1167 insgesamt bestehenden Baugenossenschaften mindestens 250000 Mitglieder zählten und die Zahl der von ihnen im Jahre 1911 erbauten Häuser 18—19000 beträgt mit einem Herstellungspreis von 550 bis 600 Millionen Mark. Das sind schon recht bedeutende Leistungen, die auch vor allem wieder den ungeheuren volkswirtschaftlichen Wert der konsumgenossenschaftlichen Organisationen illustrieren. Denn es ist dem Wesen nach ganz gleichgültig, ob es sich um den Wafens- oder um den Wohnungskonsum handelt.

Die Schätzungsweise ermittelten Zahlen zeigen, daß, nach dem heutigen Stande des Baugenossenschaftswesens berechnet, also ohne Einrechnung der Entwicklung und ihrer Steigerung, im Laufe der nächsten zehn Jahre der Herstellungswert die Summe von 6 Milliarden ausmacht und die Summe der ersten Käufer in dem genannten Zeitraum mit 100000 nicht zu hoch veranschlagt ist.

Das eröffnet ganz gewaltige Perspektiven für die Zukunft! Die Tatsachen erweisen, daß die Genossenschaftswohnungen im allgemeinen hygienisch einwandfrei und ihre Mietpreise trotzdem billiger sind als die der privaten Wohnungsvermietung angehörigen Wohnungen. Die Schlüsse für Hygiene und Volkswirtschaft, also für die Volkswohlfahrt im ganzen, daraus zu ziehen, kann man getrost jedem einzelnen überlassen. Das Grempl zeigt den gleichen Wert- und Nutzeffekt wie bei den Konsumvereinen.

Bei alledem müssen die Baugenossenschaften mit sehr geringen Mitteln arbeiten, denn die 773 bestehenden Genossenschaften hatten im Jahre 1911 nur rund 179 Millionen Mark in den Aktiven. Allerdings ist auch hierin ein starker Fortschritt zu verzeichnen, da dieselben im Jahre 1905 erst 107 Millionen betrug. Die Reserven sind im genannten Zeitraum von 2 1/2 Millionen Mark auf 7 1/2 Millionen gestiegen, was eine außerordentliche Stärkung der finanziellen Basis der Genossenschaften bedeutet. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder, d. i. das eigentliche Betriebskapital, stiegen von rund 26 Millionen Mark auf 43 1/2 Millionen. Im Zeitraum von sechs Jahren an sich eine ganz ansehnliche Steigerung, aber gemessen an der Aufgabe und der Leistung der Baugenossenschaften noch viel zu gering. Es mußte deshalb die staatlichen Versicherungsanstalten als Geldgeber und Hypothekenkäufer herangezogen werden, die auch insgesamt 217 1/2 Millionen zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, für Genossenschaften, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen hergeliehen haben. Da auch sonstige öffentlich-rechtliche Vereinigungen als Hypothekenkäufer erscheinen, so ergibt sich eine in den Jahren 1900—1912 hergeliehene Summe von 477 Millionen Mark zum Zwecke des gemeinnützigen Wohnungsbaus, von der vielleicht die Hälfte auf die reinen Baugenossenschaften entfällt. Aber acht Dreadnoughts kosten auch 480 Millionen —!

Alles in allem: Man sieht, daß auf diesem hervorragend wichtigen Gebiete der Bedarfsverorgung die Baugenossenschaften ihrem Besten nach zu außerordentlichen Leistungen befähigt und berufen sind. Ihre Stärkung aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist daher Arbeit für die Gesundheit und Wirtschaft des Volkes, für die Volkswohlfahrt. Wer kann, arbeite mit!

wie andre auch das Danziger klerikale Organ, das „Westpreußische Volksblatt“, den gegen den Verband der Typographischen Gesellschaften gerichteten Artikel veröffentlicht hat. Sie bedauert dies um so mehr, als der Artikel lediglich den Zweck hat, Anfeindungen in Gehirnen zu verbreiten, und weist die darin enthaltenen Angriffe mit Entschiedenheit zurück.

Donauschütz. Am 9. August fanden sich die Mitglieder des hiesigen Ortsvereins im Vereinslokale zusammen, um den Tag der 40jährigen Verbandszugehörigkeit des Kollegen Joseph Plaffner festlich zu begehen. Vorsitzender Joseph Hofmann feierte mit treffenden Worten den Jubilar, beglückwünschte ihn namens des Ortsvereins und überreichte ihm ein geschmackvolles Ehren Diplom und ein entsprechendes Geschenk. Dem Vorsitzenden schlossen sich noch mehrere andre Gratulanten an. Für die nötige Unterhaltung musikalischer und humoristischer Art sorgten einige Mitglieder, und nur zu schnell entschwandten die schönen Stunden der festlichen Jubiläumssfeier. Möge es dem Kollegen Plaffner vergönnt sein, in Gesundheit und Frische auch das Jubiläum seiner 50jährigen Verbandsmitgliedschaft zu feiern.

Quisburg. Nach einem einleitenden Vortrage des Kollegen Sondermann (Köln) am 10. August über das Thema „Die Typographischen Gesellschaften und das Buchgewerbe“ wurde am 19. August hier selbst eine Typographische Vereinigung gegründet, welcher sofort 40 Kollegen beitreten. Hoffentlich gelingt es, diese Zahl in absehbarer Zeit zu verdoppeln. Wir eruchen alle Brudervereine, uns zu diesen Zwecken zu unterstützen durch Überlassung von Duplikaten usw. Sendungen sind zu richten an den Vorsitzenden Julius Wolff, Quisburg, Bürgerstraße 20.

K. Ebingen i. Württ. Am 10. August unternahm der Ortsverein an Stelle einer Johannisfeier einen Ausflug nach Scheer zwecks Besichtigung der dortigen Papierfabrik. Durch freundliches Entgegenkommen von Seiten der Firma war es uns vergönnt, den vollständigen Werdegang des Papiers — vom Papierholze bis zum druckfertigen Papier — anzusehen, was für jeden Kollegen wirklich interessant war. — Am gleichen Nachmittage fand im „Saalbau“ in Sigmaringen eine Versammlung statt, in der Kollege Koch (Sübingen) über die Danziger Generalversammlung referierte. Vertreten waren die Druckorte Ebingen, Riedlingen, Taßingen, Tübingen, Tullingen, Saulgau und Sigmaringen. Der Referent vertrat es, in seinem Referat alle wichtigen Beschlüsse der Generalversammlung der gepannt laufenden Kollegenchar zu erläutern und reicher Beifall lohnte am Schluß dem gewandten Redner. Die imposante Versammlung war mit den gefassten Beschlüssen einstimmig einverstanden und dokumentierte damit, daß sie geschlossen hinter ihren bewährten Führer stehe. In der Diskussion geistelte Kollege Büdlich (Sübingen) die Auslassungen der Dresdner Gewerkekammer in scharfen Worten, wobei ihm die Verammlung jekundierte. Ebenfalls wurde das Gebahren des Gutenbergsbundes verurteilt, der in den Zentrumsdruckereien der umliegenden Orte, hauptsächlich in Sigmaringen, alle möglichen und unmöglichen Mittel probiert, sein Domizil aufzuschlagen, allerdings bis jetzt ohne nennenswerten Erfolg. Da der Druck in den betreffenden Druckereien von oben herab kommt, ermahnten sämtliche Diskussionsredner die Kollegen zu ganz besonderem Zusammenhalte, denn nur der Verband allein sei es, wo ein echter Buchdrucker hingehöre. Im Namen der Versammlung dankte Kollege Beck (Ebingen) dem Referenten für seine Ausführungen sowie sämtlichen anwesenden Kollegen für ihre Aufmerksamkeit und schloß mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Verband die äußerst lehrreiche Versammlung.

—sch. Greifswald. In unserm am 9. August stattgehabten Versammlung erfasste Kollege Warnke den Bericht vom Goutag in Eberswalde in recht ausführlicher Weise und ging besonders auf die Referate der Kollegen Samnack und Esser ein, die recht viel Beherzigenswertes in sich bargen. Daß alle anwesenden Kollegen mit den Ausführungen zufrieden waren, geht wohl daraus hervor, daß keine Diskussion über diesen Punkt gewünscht wurde. Im Anschluß an den Karstellbericht wurden 15 Kandidaten zur Vertreterwahl der Ortskrankenkasse aufgestellt. Ferner wurde beschlossen, im November das Stiftungsfest würdig zu feiern, ebenfalls soll eine Weihnachtsfeier im Ortsvereine stattfinden. Der Verlauf der Versammlung ist ein guter zu nennen.

st. Heidelberg. (Maschinenfeher.) Die am 10. August hier abgehaltene Quartalsversammlung der 44 Kollegen heftigt. Besonders zahlreich waren diesmal die Kollegen von Worms erschienen. Kollege Schneider (Heidelberg) begrüßte zunächst die Anwesenden namens des Bezirks. Unter „Geschäftlichen“ brachte der Vorsitzende ein Rundschreiben der Zentralkommission zur Verteilung, in welchem u. a. das Denunziantentum eines „Kollegen“ besonders gebrandmarkt wird. Bei Erstattung des Halbjahresberichts leitens des Kollegen Ceteri wurde bemerkt, daß auch die Arbeitslosigkeit unter den Maschinenfehern in unserm Gau immer mehr zunimmt. Kollege Leisch konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß im Bezirke Mannheim sich bis auf drei alle aufnahmefähigen Kollegen der Sparte angeschlossen haben. In Heidelberg liegen die Verhältnisse nicht so günstig. Sodann hielt Kollege Philippi einen Vortrag: „Nichtabsicht und Ausbilde“, der großen Anklang fand und eine sehr rege Diskussion zeitigte, in der besonders die vom Referenten erwähnten Artikel in der „Zeitschrift“ allseitig scharf verurteilt wurden. Solch fachunkundiges, böswilliges Geschreibsel erregt überall böses Blut. Beim Punkte „Technisches“ sprach Kollege Dunkel über Neuerungen an der

Stoßtype und über die Schnellsehmachmaschine, während Kollege Kopp mit Neuerungen am Typograph bekannt machte. — Am Nachmittage feierten die Bezirksvereine Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg der Mittelhessischen Maschinenfehervereinigung ihr 10. Stiftungsfest durch Konzerte, Verlosungen und Tanz in Roßbach, welches gut besucht war und bei welcher Kollege Fürbach in gewandter Rede einen Überblick über die Vereinsgeschichte gab.

Bad Nomburg v. d. S. Ein sehr aktuelles Schema hatte sich Kollege Bornkessel vom Frankfurter Bezirksvorstande zu seinem Vortrag in der am 17. August abgehaltenen Monatsversammlung ausgewählt. Unter eingehender Würdigung aller Nebenumstände schilderte der Referent die genossenschaftlich-gewerkschaftliche Wohlfahrtsgründung „Volksfürsorge“, der durch dieses Referat eine ganze Reihe von neuen Freunden gewonnen wurde. Der Kassierer unseres Ortsvereins, Kollege Fr. Köhner, hat die hiesige Vertretung der „Volksfürsorge“ übernommen.

G. Mannheim. In unserm am 9. August stattgehabten Mitgliederversammlung wies Vorsitzender Lauffer unter „Geschäftlichen“ auf die in Wirksamkeit getretene städtische Arbeitslosenversicherung hin. Wenn diese bezüglich der Erlangung von Unterstützung noch manche Mängel aufzuweisen habe, so könnten sie mit der Zeit beseitigt werden. Eine an die einzelnen Gewerkschaften ergangene Anfrage betreffs Angliederung ihrer bestehenden Arbeitsnachweise an das städtische Arbeitsamt ergab das Resultat, daß dieselben einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Sie sind nur dann damit einverstanden, wenn die Unternehmer ihren bestehenden sogenannten Industrie-Arbeitsnachweiser ausgeben. Da unsererorts hier noch kein paritätischer Arbeitsnachweiser besteht, so soll versucht werden, gemeinsam mit den Prinzipalen einen solchen zu errichten und dem städtischen Arbeitsamt anzugliedern und die Bestimmungen hierfür so zu treffen, wie es in Karlsruhe der Fall ist. Es wurde noch auf die „Volksfürsorge“ hingewiesen, welche nunmehr ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Kollege Lauffer brachte noch die Angelegenheit des Kollegen Rottenberg zur Sprache, dem von Nürnberg aus im „Korr.“ unter „Verbandsnachrichten“ nachgesagt wurde, er hätte den dortigen Verkehrrsamt beschuldigt. Ein vom Verbandsvorstande verlesenes Schreiben gab dem Kollegen Genugtuung, ebenso wird in einer weiteren Notiz im „Korr.“ von Seiten der Hauptverwaltung diese Angelegenheit widerrufen (was inzwischen geschehen ist. D. S.). Den Kassierbericht der Bezirkskasse erfasste Kollege Suber. Der Vermögensstand beträgt 11209,66 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Auf Antrag des Vorstandes wurden für Neuanschaffung von Büchern für die Bibliothek 100 Mk. bewilligt. Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf die Stellung von Anträgen zum diesjährigen Goutag. Es lag jedoch nur ein Antrag des Kollegen Philipp vor, der verlangte, daß für die Wahl von Delegierten für die Verbandsgeneralversammlung ein gerechterer Wahlmodus in Kraft treten soll, dergestalt, daß der Gau in zwei Bezirke eingeteilt werden soll, welche abwechselnd die Vorschläge der Kandidaten machen. Der jeweils vorher stattfindende Goutag bestimmt diejenigen Bezirksvereine, die die Vorschläge zu machen haben. Obwohl der Antrag von Vorstandseite aus bekämpft wurde, fand er doch Aufnahme. Die Wahl der Delegierten zum Goutag erfolgt per Urwahl, und es wurden 16 Kollegen in Vorschlag gebracht, von denen zehn zu wählen sind. Beim Punkte „Verschiedenes“ wurde angefragt, wie es mit der Streichung der Firma Julius Wendling aus dem Tarifverzeichnis stehe. Da von Seiten des Tarifamts noch kein Entschluß gefaßt ist, soll die Sache weiter verfolgt werden.

H. Weimar. Aus Anlaß der 40jährigen Verbandszugehörigkeit der Kollegen Gustav Hille und Bernhard Kühn hatte der hiesige Ortsverein am Abend des 9. August im kleinen Volksbauseale eine interne Feier veranstaltet. Sie war gut besucht, u. a. waren Kollegen aus Erfurt und Jena anwesend. Ansprachen, Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Gutenberg“, allgemeine Lieder und Deklamationen wechselten in runder Reihenfolge ab, so daß die Stunden nur allzu rasch verflohen. Beim Verlesen der zahlreich eingegangenen Glückwunschtelogramme und -karten wurde so manche Erinnerung wachgerufen an in freuem Freundes- und Kollegenkreise erlebte heitere und ernste Stunden. In ihren Ansprachen priesen die Kollegen Hartwig, Prox und Fischer die Verdienste der Jubilare und stellten sie jedem Kollegen als Vorbild hin. Kollege Palm und der Subilar Kühn gaben einige Episoden aus früheren Jahren zum besten; auch gab letzterer zugleich im Namen des Jubilars Hille dem Danke für die Ehrung Ausdruck.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

T. Beuthen (O.-Schl.). (Oberstädtliche Maschinenfehervereinigting.) Die am 10. August hier selbst abgehaltene Wanderversammlung war von 36 Kollegen besucht. Eingangs der Versammlung teilte Vorsitzender Adrian mit, daß nach dem Bescheide der Zentralkommission die Oberstädtliche Maschinenfehervereinigung weiter bestehen bleiben könne. Dergleichen machte er von einem zirkuläre Mitteilung, wonach die Zentralkommission mit dem Gesamtergebnisse der Generalversammlung des Verbandes zufrieden sei, welcher Ansicht die Versammlung beipflichtete. Darauf wurde der Kassierbericht pro erstes Quartal erfasste. Sieben Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Der Punkt „Technisches“ löste eine rege Debatte aus. Um das Technische mehr zu pflegen, wurde beschlossen, auf Vereinskosten alles für uns Wichtige, soweit möglich, anzuschaffen und den Kollegen zugänglich zu machen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Königschütte gewählt. — Anschließend an die Versammlung fand ein gemütliches Beisammensein statt als Ersatz für das entgangene Stiftungsfest.

Danzig. Am 11. August fand eine Monatsversammlung statt, die von etwa 110 Kollegen besucht war. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erörterte Vorsitzender TANGO die Frage über die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft. Kollege Bulla erläuterte in kürzeren Ausführungen, unterwirft sich vom Kollegen Zimmer, die „Volksfürsorge“, ihre Organisation und ihre Vorteile andern Versicherungen gegenüber und empfahl die Befestigung daran. Gaukassierer David gab die Abrechnung von der Generalversammlung, welche einmütig gutgeheißen wurde. In der Aussprache über die Müllerfrage, die so viel Staub aufwirbelte, wies der Vorsitzende auf die Kieler Kollegen und den „Korr.“ hin, die uns Danziger Kollegen warm in Schutz genommen haben. In gleichem Sinne sprachen sich Gauvorsitzer Nagroski und Kollege Radtke aus. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. „Der Ortsverein Danzig spricht der Redaktion des „Korr.“ seine Anerkennung für die den Tatsachen entsprechende Klarstellung in der Müllerfrage aus.“ 2. „Der Ortsverein Danzig dankt dem Ortsvereine Kiel für die Mühe, die er sich gegeben hat, um die Handlungsweise der Danziger Buchdrucker in der Müllerfrage anlässlich der Generalversammlung klarzustellen.“ Eine lebhafte Debatte rief ein Vortrag des Kollegen Otto Müller über „Typographische Vereinigung — Graphische Zirkel“ hervor, in welchem Redner den Werdegang der typographischen Gesellschaften schilderte und dann auf einen Artikel des hiesigen „Westpreußischen Volksblattes“: „Mißbrauch eines Fachorgans“, hinwies. Dieser Artikel sei ein Mischling der „Königlichen Volkszeitung“. Die Versammlung verurteilte einstimmig den Artikel und nahm folgende Resolution an: „Die am 11. August im „Friedrichshain“ tagende Versammlung des Ortsvereins Danzig hat davon Kenntnis genommen, daß

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Konkurs. Über das Vermögen der Offenen Handelsgesellschaft der Buchdruckerei Brodus & Delzer in Leipzig-Lindenau wurde am 13. August das Konkursverfahren eröffnet.

Der Luchbrief. Die amerkanische Zeitschrift „The Publishers Weekly“ teilt mit, daß durch eine neue Erfindung, die in einer Verbindung des Mikrophons mit dem altbewährten Gramophon besteht, eine vollständige Umwälzung auf dem Gebiete des brieflichen Verkehrs bevorsteht. Statt der zerbrechlichen Platte wird bei dem neuen Verfahren ein auf besonderem Wege präpariertes Tuch verwendet, das man ganz wie einen Brief behandeln kann: Die Mitteilung wird in die neue Maschine diktiert, der empfindliche Luchstreifen herausgenommen, ins Kuvert

(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 99 — Leipzig, den 28. August 1913.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

gesteckt und zur Post gegeben. Der Adressat bringt ihn wieder in seinen Phonographen und hört den „Jellen“ seines Geschäftsfreundes zu. Die Erfindung war ursprünglich zur genauen Wiedergabe von Zeugenaussagen bei Gericht bestimmt, aber nach weiterer Vervollkommnung soll sie der gesamten Geschäftswelt zur Erledigung ihrer Korrespondenz nutzbar gemacht werden. Da man die Zuchtschreiber außerordentlich billig auf den Markt bringen will, soll sich der Gebrauch des Apparats für den Geschäftsmann weit billiger stellen als die Verwendung von Stenotypistinnen. Auch die Schreibmaschine und die Kopiermaschine würden dann überflüssig und zum alten Eisen wandern müssen.

Gewerkschaftsangehelliger und § 193 des Strafgesetzbuchs. Vor der Eßener dritten Ferienkammer hatte sich der Angestellte des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Bochum, Kimmrich, wegen öffentlicher Beleidigung der Eßener Polizei zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem von Kimmrich verfassten und verantwortlich gezeichneten Flugblatt an die Eßener Chauffeure sowie in einem Vortrag erlitten, den Kimmrich in einer öffentlichen Chauffeureversammlung gehalten hatte. In dem Flugblatt sowie in seinem Vortrage soll der Angeklagte der Polizei den Vorwurf der schändlichen Behandlung der Chauffeure gemacht haben. Hierdurch fühlte sich die Eßener Polizei beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mk., eventuell 20 Tage Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Angeklagte die Eßener Polizei weder in seinem Flugblatt noch in seinem Vortrage genannt habe, im übrigen hätte der Angeklagte als Angestellter seines Verbandes die Interessen der Mitglieder vertreten, er hätte deshalb in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Schadenersatz an Arbeitswillige. Im Januar 1911 hatten die Arbeiter in der Malzfabrik Eisenberg in Erfurt wegen Lohnhöhen die Arbeit eingestellt. Unter den Arbeitswilligen befand sich auch der Brauer Klaus. Nach Wiederaufnahme der Arbeit entstanden zwischen diesem Arbeitswilligen und den organisierten Arbeitern Reibereien, die, wie einige Zeugen später vor Gericht bekundeten, besonders durch das provokatorische Verhalten des Arbeitswilligen verschärft wurden. Nach den Aussagen eines Zeugen hat Klaus einmal einen organisierten Arbeiter mit einer Bierflasche in die Kniekehle geschlagen, was er zusammenhändelte. Einen anderen Arbeiter hat Klaus „auf's junge“ und „schwindelstüchigen Hund“ geschimpft. Ferner hat er seinen Saß gegen seine organisierten Kollegen mit den Worten Luft gemacht: „Die Rollen müssen hinaus“. Der Arbeitswillige war dann entlassen worden; die Entlassung sollen drei organisierte Malzerarbeiter bzw. Mitglieder der Ortsverwaltung Erfurt des Brauerarbeitsverbandes infolgedessen verschuldet haben, daß die Fabrikhaber nach ihren eignen Aussagen befürchteten, es könne zur erneuten Arbeitseinstellung kommen, weil ihnen von dem Malzmeister und einem Obermäler die Mitteilung gemacht wurde, daß die Arbeiter große Abneigung bekundeten, mit Klaus zusammenzuarbeiten. Auch war im Lauf einer Verhandlung, die zwei beklagte Ortsverwaltungsmitglieder des Verbandes mit den Fabrikanten hatten, die Rede auf Klaus gekommen, und dabei soll die Bemerkung gefallen sein, wie es mit der Entlassung des Klaus stünde. In der von dem Arbeitswilligen angeforderten Schadenersatzklage hatte das Landgericht Erfurt im Januar 1912 den Schadenersatzanspruch im Prinzip als berechtigt anerkannt, die von den Beklagten eingelegte Revision hatte das Oberlandesgericht Rumburg verworfen und die Vorinstanz mit der Festsetzung der Schadenersatzsumme beauftragt. Das Oberlandesgericht sagte in der Urteilsbegründung, daß das Schlagen mit der Bierflasche als harmlos bezeichnet werden müsse, wogegen der Umstand, daß der so herausfordernd aufretende Klaus eines Tages einen Knüttel fand, woran ein Zettel befestigt war, der die Aufschrift trug: „Mit diesem Knüttel wirst Du hinausgehauen“, als ein wichtiger Beweis für den angeblichen Terrorismus der Beklagten angesehen wurde. Das Landgericht Erfurt hat im Termine vom 22. August die Schadenersatzsumme auf 1100 Mk. festgesetzt. Nach dem Urteile soll die Schadenersatzsumme ein Ersatz für den Lohnausfall infolge Arbeitslosigkeit nach dem Ausscheiden des Arbeitswilligen aus der Malzfabrik, für die Mindereinnahme in der Zeit seiner anderweitigen Beschäftigung und sogar für die Differenz zwischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung während einer Krankheitszeit sein. Der Klagenanspruch auf Gewährung einer im Voraus zu zahlenden Rente von 488,40 Mk. pro Jahr wurde abgewiesen, weil die Voraussetzungen des § 843 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht erfüllt seien, doch wird das Urteil des Landgerichts ausdrücklich als Teilurteil bezeichnet und die Pflicht des Beklagten für den in Zukunft noch zu erwartenden Schaden des Klägers soll vorläufig dahingestellt bleiben. Trotzdem also der Anspruch des Arbeitswilligen auf Zahlung der bereits erwähnten Rente abgewiesen worden ist, bleibt es ihm doch unbenommen, jederzeit gegen seine früheren Arbeitskollegen weitzufordern.

Bestechungsunwesen und öffentliches Interesse. Der vom Bunde der Industriellen mitbegründete Verein gegen das Bestechungsunwesen hat an die zuständigen Zentral-

behörden in den deutschen Bundesstaaten eine eingehend begründete Eingabe gerichtet, in der die von der letzten Hauptversammlung des Vereins vom 3. Mai d. J. in München beschlossene Erklärung über die Frage des öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung von Bestechungen von Angeestellten im geschäftlichen Verkehr mit dem Ersuchen unterbreitet wird, dem darin ausgesprochenen Wunsche Folge zu geben. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der seit dem 1. Oktober 1909 gemachten Beobachtungen muß festgestellt werden, daß die Aufklärung der Staatsanwaltschaften bezüglich der Frage, ob die Verfolgung des Vergehens gegen § 12 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb im öffentlichen Interesse liegt, vielfach durchaus unzureichend ist. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen ist der Ansicht, daß die Verfolgung jeder Bestechung von Angeestellten im geschäftlichen Verkehr im öffentlichen Interesse liegt, weil durch die Bestechung Treu und Glauben im geschäftlichen Verkehr untergraben werden und eine Korruption der Angeestellten dadurch bewirkt wird. Der Verein gegen das Bestechungsunwesen richtet daher an die Justizverwaltungen der Bundesstaaten das Ersuchen, die Staatsanwaltschaften auszuweisen, das Vorhandensein eines öffentlichen Interesses regelmäßig dann anzunehmen, wenn von den in § 13 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb genannten Verhältnissen ein Strafantrag wegen Vergehens gegen § 12 gestellt wird.“

Das Problem der Arbeiterwanderungen. Im Augusthefte des „Reichsarbeitsblattes“ findet sich eine Darstellung der Arbeiterwanderungen auf Grund der Feststellungen des Quittungskartenaustausches, der 1911 wie 1912 zwischen den deutschen Landesversicherungsanstalten stattfand. Die Einblicke, welche diese Feststellungen in die wichtigen Wanderungsverhältnisse unter den Arbeitern ermöglichen, unterliegen zwar gewissen, in dem Aufsatz eingehend angeführten Beschränkungen ihres Wertes, aber es handelt sich gleichwohl um eine der wenigen Quellen, die überhaupt ein Verfolgen der Grundereignisse der in unserer Zeit stattfindenden Massenabwanderungen, Zugzüge und Überwanderungen ermöglichen. Als Gebiete, denen sich die Arbeiter in erster Linie zuwenden, kommen vor allem Brandenburg und Berlin in Betracht, dann Rheinland-Westfalen einerseits, wie Hamburg, Schleswig-Holstein andererseits. In Süddeutschland ziehen insbesondere Oberbayern und Baden mehr Arbeitskräfte an sich, als sie an eignen Arbeitern andern Landestheilen liefern. Das Königreich Sachsen hand nach den Ergebnissen der Wanderungen, wie sie im Jahre 1911 festzustellen waren, noch teile den Gebieten, die mehr eigne Arbeiter in andre Landesteile entsandten, als sie aus deutschen Bezirken selbst empfangen. 1912 ist Sachsen jedoch zu einem Zuwanderungsgebiete geworden. Im Verlaufe des Jahres 1912 hat Sachsen über 18000 Versicherte mehr aus andern Gebieten erhalten als abgegeben. Brandenburg, das insgesamt fast 150000 Arbeiter mehr an sich zog, als abgab, hat im Jahre 1912 demgegenüber nur etwa 11000 neu gewonnen. Einen fast so großen Jahresgewinn erlangten auch Schleswig-Holstein und Hannover. Hannover hat im Jahre 1911 keinen so hohen Zufluss gehabt. Wenn Berlin und die Hansestaaten mit einem schließlichen Jahresgewinn im Vergleiche zu 1911 nicht genannt werden könnten, so liegt das daran, daß sich bei Berlin wie bei Hamburg die Abwanderung der Bevölkerung in die umliegenden Dörfer bemerkbar macht. Im Verlaufe des Jahres 1911 wies Schleswig-Holstein keinen so hohen Jahresgewinn wie 1912 auf; die Hansestaaten hatten dafür damals einen solchen von 26000. Für das große Industriegebiet Rheinland-Westfalen macht sich in den statistischen Ergebnissen der Umfand stehend bemerkbar, daß die Bergarbeiter in der Quittungskartenaustausch nicht enthalten sind. Wenn Rheinland aber 1912 ein Nachlassen der Anziehung im Vergleiche zu 1911 zu erkennen gibt, so stimmt das mit den Feststellungen überein, daß verschiedene östliche Provinzen im Verlaufe des Jahres 1912 eine weniger häufige Abgabe von Arbeitern nach dem westlichen Industriegebiete zu verzeichnen hatten. Die östlichen Gebiete: Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen, auch Pommern, wie Mecklenburg, sind die Hauptgebiete, die den Zugzugsbezirken Arbeitskräfte stellen. Auch Sachsen-Anhalt, Braunschweig und Thüringen kommen in Mitteldeutschland und Bayern wie Württemberg in Süddeutschland als Wegzugsgebiete in Betracht. Während bei Schlesien und Sachsen-Anhalt der gesamte Wanderungsverlust sich 1912 im Vergleiche zu dem Jahresverluste 1911 noch erhöhte, zeigt sich für Posen, Ostpreußen und Pommern, auch für Westpreußen und Mecklenburg, eine Abschwächung der Wegzugsbewegung.

Oberschlesische Justiz. Wegen Aufforderung zur Teilnahme an einem Streike wurden drei Redakteure der polnischen Presse in Beuthen zu Geldstrafen verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Klage erhoben wegen Aufforderung zum Angehörigen gegen die bestehenden Gesetze und das Gericht erklärte, weil in dem in Frage kommenden Urteile zur Arbeitsniederlegung gelegentlich der letzten Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien keine Mahnung zur Einhaltung der Kündigungsfrist eingeschoben war und der Aufruf nur das Verlangen enthielt, die Arbeit sofort niederzulegen, sei eine strafbare Aufforderung zum Streikbruch gegeben.

Börsenpekulation und Streiks. Große Streiks sind in letzter Zeit in Russland eine allfällige Erscheinung geworden. Sie sind Gegenstand erster Erörterungen sowohl in Arbeitnehmern- als auch in Arbeitgeberkreisen. Aber daß Streiks zu Zwecken der Bereicherung von Kapitalisten- gruppen benutzt werden, das dürfte wohl zu den Seltenheiten in Russland gehören. Von zwei Schiffswerften in Nikolajew, wo so ziemlich die gleichen Verhältnisse in bezug auf Arbeitszufstände herrschen, streikten nur die Arbeiter der einen Werft, wobei der Streik, mit kleinen Unterbrechungen, kein Ende zu nehmen schien. Diese lösbare Erscheinung soll ihre speziellen Gründe haben. Der größte Teil der Aktien des Unternehmens gehört einer Petersburger Bank. Der andre Teil der Aktien befindet sich in den Händen anderer Personen, welche die Aktien ständig verwerfen, da die Ausschütten, eine genügende Dividende zu erhalten, der Streiks wegen immer früher werden. Je öfter die Streiks sich wiederholen, desto größer wird der Wunsch der Aktionäre, ihre Aktien loszuwerden, und desto niedriger sind die Aktien im Preise gesunken. Da die Bank einen starken Ankauf der Aktien betreibt, so ist ihr Gewinn größer, wenn der Aktienpreis sich erniedrigt. So sind nun auch die Gerüchte entstanden, daß die Streiks künstlich hervorgerufen werden usw. Daß solche Streiks den Arbeitern nur bittere Not, aber keine ökonomischen Errungenschaften bringen, liegt klar auf der Hand. Nur eine Berufsorganisation der Arbeiter könnte diesem schändlichen Börsenspiel entgegenreten. Leider sind in Russland keine starken Gewerkschaften, weil die Regierung die Organisationen unterdrückt.

Früchte der „nationalen“ Phrasen. Die Vereinsversicherungsbank für Deutschland in Düsseldorf, eine jener Gesellschaften, die bei ihrer Agitation „die nationale Sache“ geschildert in den Vordergrund stellen und durch Verprechung hoher Versicherungssummen und Gewinnbeteiligung Versicherungsbedürftige einzulocken suchen, hat bekanntlich Liquidation beschlossen. Dabei werden nach der „Deutschen Versicherungsprese“ 1148030 Mk. verloren gehen. Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Die Aktionäre sind nur der eine Teil der Leidtragenden, die dem Sarge der „Gemeinnützigkeit“ wehmütigen Sertzens folgen; es sind nur wohlhabende Gläubiger, die von ihren Schuldnern um beträchtliche Summen erleichtert wurden. Der andre Teil ist das große Heer der weniger hemmten Versicherer, die meißnenden und leider vertraglich gebundenen Erben eines überfahrenen Wirtschaftsbetriebs, mehr als 20000 Arbeiter und Kleinwerbetreibende, die sich von der wohlfeilen Illusion der „Gemeinnützigkeit“ und den überschwänglichen Dividendenverprechungen verleiten lassen, ihre Spargroschen der Vereinsbank anzuvertrauen. Sie haben an Stelle der verheißenen Dividenden indirekt Schulden übernehmen müssen, an denen sie noch jahrzehntelang zu fragen haben. Die verlockenden Gewinnerverprechungen von 25 Proz. der Prämienreserve bzw. 3 1/2 Proz. (steigend) werden den einst so hoffnungsvollen Versicherer noch lange, aber recht fräutig in den Ohren klingen. Das Geschäftsprinzip der Vereinsbank war ein leichtfertiges Diskontieren der Prämien mit der „Gemeinnützigkeit“. Man rechnete sich am Schreibtisch ohne jeden praktischen Bezug hierfür die aus dem Prinzip der „Gemeinnützigkeit“ sich unbedingt ergebenden Verwaltungskostenersparnisse heraus und reduzierte dementsprechend gehörig die Prämie. Die Folgen konnten naturgemäß nicht ausbleiben.“ Die 20000 Versicherer sind also die Hauptleidtragenden! Umgekehrt dieser Tatsache wirkt es um so auffällender, daß die Generalversammlung dem ersten Direktor, Herrn Dr. K. Sernau, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, eine Abfindungssumme von 100000 Mk., dem zweiten Direktor, Kiepler, eine solche von 75000 Mk. bewilligte. Der erste Direktor ist als Liquidator in Aussicht genommen und erhält als solcher eine Vergütung von 1000 Mk. monatlich. Wird er nicht Liquidator, so erhöht sich die Abfindungssumme um 12000 Mk. Die beiden Herren Direktoren sind demnach die einzigen, die aus dem Zusammenbruche für sich retten, was zu retten war. Für die Versicherungsbedürftigen ergibt sich hieraus die Lehre, dem „nationalen“ Verede keinerlei Vertrauen zu schenken, sondern sich der „Volkshilfe“ anzuschließen, deren versicherungstechnischer Aufbau den Versicherer volle Garantie bietet, daß die eingegangenen Verpflichtungen voll erfüllt werden.

Schaltenseiten der Lohnämter. Eine Organisation der Eisen- und Straßenbahner in Neussidwales war vor einiger Zeit von einem Richter des Lohnamts aus der Liste der eingetragenen Gewerkschaften gestrichlen worden, weil ihr Sekretär es gewagt hatte, in dem offiziellen Organe der Organisation gegen die Ernennung dieses Richters, der durch frühere Urteile gar zu sehr geehrt habe, daß er befangen sei, zu protestieren. Sofort ließ sich eine gegnerische Organisation in das Vereinsregister eintragen und die bis dahin für die 15000 Mitglieder der ersten Organisation mit Hilfe des Lohnamts und mit gewaltiger Kraft festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen waren mit einem Schlage null und nichtig geworden. Um jedoch diese Vorteile nicht zu verlieren, beantragte und erreichte die Organisation doch ihre Wiedereintragung in das Register als „Transportarbeiterverband“. Der darob erhobte Richter aber verfügte die Streichung von neuem, weil die Eintragung erschlischen

feil und ferner, weil für die in Betracht kommenden Arbeiter jetzt eine Organisation rechtsgültig eingetragen sei. Die 15000 Eisenbahner und Straßenbahner werden also gezwungen sein, eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Lohnkämpfe anzustreben, wenn sie nicht der gelben Organisation beitreten wollen.

Russische Kulturarbeit in Deutschland. Das russische Ministerium des Innern hat die Gouverneure der russischen Grenzbezirke angewiesen, die Saisonarbeiter, die sich nach Deutschland begeben, um dort Arbeit zu suchen, darüber aufzuklären, daß das neue Wehrgesetz für sie eine gute Konjunktur schafft, da es gegen 100000 Mann der Landwirtschaft entlassen wird. Infolgedessen wünscht das Ministerium, daß den Bauern der Rat erteilt wird, Lohn-erhöhungen zu verlangen. Die Anregung hierzu soll ein russisches Konsulat gegeben haben. Soweit wir die ost-europäischen Sunkter kennen, werden dieselben sich aber eher Skulis aus Japan und China verschreiben lassen, als daß sie ihren Enterearbeitern eine Lohn-erhöhung zubilligen.

Briefkasten.

W. Sch. in Saarbrücken: Geduld ist aller Schmerzens Arznei. — **M. B. in E.:** Die betreffende Briefkastennote war nicht nach dort gerichtet. — **Fr. R. u. G. in St.:** Wir haben schon in einer früheren Briefkastennote erklärt, daß sich ein Nachtrag zu der Besprechung der Johanniseisendruckmaschinen verbietet. Von Ihrem Ort ist ebenfalls nichts eingegangen, so mußte er auch unerwähnt bleiben. Die nun eingelangte Drucksache würde aber bei der Kritik gut abgehandelt haben. — **G. M. in B.:** Unres Erachfens erlirbriglich ein Eingehen auf jenen Artikel in der „S. L.“ — **Fr. B. in St.:** Eine solche Ergänzung würde doch nur persönlicher Natur sein und für die Allgemeinheit kein Interesse haben. — **U. E. in G.:** Wir danken Ihnen für Überlieferung dieser Schrift. Sie kann uns gute Dienste tun. — **D. G. in A.:** Der „Typ.“ konnte in seiner Denunziationsraserei gar nicht schlimmer der „gerechten Sache“ des Fabrikbundes schaden. Eigentlich müßten wir noch abwarten, ob dieses „Arbeiterblatt“ es nicht noch weiter treibt, die Prinzipale mehr gegen sich aufzubringen. — **E. B. in Schw.:** Dankend erhalten. Von einem Drifffel war aber nicht die Rede, sondern von einem Teile der Selben. **Fr. G. in H.:** — **Leipziger Drucker:** Alzeptier; demnächst. — **S. W. & Co.:** Die Londoner Zusammenkunft scheint auch ohne Elbwall in gutem Fluße gewesen zu sein. Die nächste Tagung findet wohl in Dr. Kaff? — **B. K. in Fr.:** Bei Durchsicht unres Artikellagers zeigt sich, daß Auscheidungen notwendig werden. Zu den Fragen, deren Erörterung jetzt und in nächster Zeit nicht unbedingt nötig ist, gehört auch die von Ihnen behandelte. Wir wollen daher von der Aufnahme absehen. — **G. S. in St.:** Betrag von 2,15 Mk. dankend erhalten. — **G. K. in Jever:** 2,60 Mk. — **D. B. in Schöneberg:** 2,15 Mk.

bezahlung eines erhaltenen Vorstufes ausgeschlossen worden. Da der Befreiende auch noch an einem andern Ort einen Vorstuf erhalten hat, werden die verehrl. Funktionäre hierauf aufmerksam gemacht.

Bezirk Braunschweig. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegeben 407 Stimmzettel, davon 3 ungültig, bleiben 404 gültige Stimmzettel. Absolute Mehrheit: 203 Stimmen. Es erhielten Stimmen: Reuter 390, Schünemann 359, Fiehrer 284, Römer 281, Severid 278, Brieger 227, Heinemeier 218, Reddermann (Wolfsbüttel) 321, Drösemeyer (Schöningen) 303, Bülter (Solzlingen) 286, Jooft (Bad Harzburg) 265, Abt 205, Peters 184, S. Mack 174, Schaf 148, Hagemann 138, S. Albrecht 129, Menge 96, Wachs 94. Zerpflicker 11 Stimmen. Die Namen der Gewählten sind gesperrt gedruckt. Als Ersatzmann gilt Kollege Abt.

Bezirk Frankfurt a. M. Von den drei zur engeren Wahl vorgeschlagenen Kandidaten für den zum 15. September neu zu behebenden Posten des Frankfurter Bezirksbeamten erhielten die Kollegen Ludwig Reihäuser (Leipzig) 394, Wilhelm Hepecks (Siegen) 86 und Otto Grünewald (Frankfurt a. M.) 53 Stimmen. Kollege Reihäuser ist somit gewählt.

Bezirk Göttingen. (Gautagsdelegiertenwahl.) Es erhielten Stimmen die Kollegen: Adolf Krohne (Nörtheln) 92, Friedrich Scherdfeger (Göttingen) 113, Gustav Schnerf (Göttingen) 104, Ernst Seib (Sam.-Münden) 80, Karl Henkel 66. Abgegeben waren 122 Stimmzettel. Die gesperrgedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bezirk Heidelberg. (Gautagsdelegiertenwahl.) Eingegangen 143 Stimmzettel. Stimmen erhielten die Kollegen: W. Beierbach 85, W. Fürbach 82, A. Johanning 49, H. Maurer 124, B. Münch (Taubertshofheim) 91, A. Schneider 141. Die gesperrgedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bezirk Hildesheim. (Gautagsdelegiertenwahl.) Abgegeben 232 Stimmen. Es erhielten Stimmen die Kollegen: Willi Binger (Einbeck) 179, Theodor Gilers (Hildesheim) 86, Joseph Föhrke (Hildesheim) 189, P. Freufel (Hildesheim) 190, August Hausmann (Hildesheim) 136, Paul Kelm (Hildesheim) 109, G. Koch (Beine) 150, N. Nisch (Hildesheim) 82, V. Reuland (Goslar) 170. Zerpflicker 16 Stimmen. Die gesperrgedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bezirk Lüneburg. (Gautagsdelegiertenwahl.) Eingegangene Stimmzettel 148, davon 1 ungültig. Es erhielten Stimmen: H. Wiechel (Lüneburg) 135, A. Wolff (Harburg) 135, S. Reimers (Ilben) 122, D. Wintker (Harburg) 97, Fr. Mayer (Lüneburg) 88, S. Richenberg (Lüchow) 70, S. Mischweh (Winsen) 47, S. Bienenbender (Wibelsburg) 27. Die gesperrgedruckten Namen sind die der Gewählten.

Berlin. Der Drucker Richard Gieding, auch hier in Konfition, wollte seine Adresse umgebend dem Kollegen Albert Maffini, Engelauer 14/15, mitteilen. **Bielefeld.** Der Drucker August Quast aus Affenau (Hauptbuchnummer 43097) wird hierdurch aufgefordert, seine beiden Reste innerhalb 14 Tagen einzuliefern, andernfalls Wuschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Düsseldorf. (Maschinenmeistervereinigung Bezirk Düsseldorf.) Vorsitzender: Joseph Bauer, Erffstraße 10 III. **Potsdam-Neubabelsberg.** (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Rudolf Becker, Potsdam, Französische Straße 5 (vom 1. Oktober Jägerstraße 29). **Waltenscheid.** Vorsitzender: Heinrich Niebig, Querstraße 5; Kassierer: Wilhelm Lehnhoff, Kaiserstraße 18.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beifolgende Adresse): In Elbing der Seher Hans Ehrhardt, geb. in Parchim (Medlenb.) 1887, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — Gustav Wenzel, Grünstraße 29a III. In Königsberg i. Pr. der Seher Ernst Hoffmann, geb. in Sulzbach b. Saarbrücken 1893, ausgel. das. 1911; war schon Mitglied. — D. Nierode, Sachheim, r. St. 121 III. In Schweinfurt der Schweizerdegen Hugo Henning, geb. in Erfurt 1892, ausgel. in Themar 1910; war schon Mitglied. — Joseph Seib in München, Solzstraße 24 I. In Singen a. S. der Schweizerdegen Karl Ribau, geb. in Limbach i. Sa. 1893, ausgel. in Froburg i. Sa. 1913; war noch nicht Mitglied. — E. Wolff in Konstanz, Wiesenstraße 21 II.

Arbeitslostenunterstützung.

Breslau. Der Seher Franz Brestinski aus Kosten (Hauptbuchnummer 5139) erhielt hier 6 Mk. Vorstuf und ließ seine Legitimation nach Posen senden, viatizierte dort aber nicht. Im Angabe seines Aufenthaltsortes erhielt M. Schuberl, Breslau I, Kupferknechtstraße 7 II Br. bezog bisher 43 Tage Reiseunterstützung. **Torgau.** Die Herren Reisekasserverwalter werden gebeten, dem Drucker Wilhelm Fessel (Hauptbuchnummer 73735) den hier am 7. August nach Entlassung aus dem Krankenhaus erhaltenen Stiefelvorstuf im Betrage von 2 Mk. abzugeben und portofrei an Richard Schulze, Schloßstraße 19 I, einzuliefern. Auf der am 7. August ausgefertigten Legitimation ist dieser Vorstuf vermerkt worden.

Berammlungskalender.

Beuthen (O.-Schl.). Berammlung Sonnabend, den 30. August, abends 8 Uhr, in der „Vereinsbräuererei“. **Düsseldorf.** Berammlung des Sehervereins am Sonntag, 31. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshof“, Hölle, Karolplatz. **Einbeck.** Berammlung Sonnabend, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale. **Emden.** Berammlung Sonnabend, den 30. August, im „Deutschen Hause“, Neuer Markt 12. **Halle a. S.** Berammlung Sonnabend, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Drei Königen“, Al. Klausstraße 7. **Hamburg-Altona.** Berammlung Montag, den 1. September, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Bebenbinderhof 57 II. **Hildesheim.** Berammlung Sonnabend, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Goldenstraße 23. **Hildesheim.** Maschinenmeisterberammlung Sonntag, den 31. August, vormittags pünktlich 9 Uhr, im „Goldenen Seher“, Goldberger Straße. **Königsberg (Pr.).** Berammlung Sonntag, den 31. August, nachmittags 2 Uhr, im „Brauhauskeller“ in Frankfurterstraße. **Mainz.** Berammlung Sonntag, den 30. August, abends 8 Uhr, im „Brauhaus zum Gutenberg“. **Potsdam-Neubabelsberg.** Berammlung Sonntag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Königssee“, Alte Königsstraße. **Tiffau.** Berammlung Sonnabend, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollshaus“ (Zimmer 1).

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fremdsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Posen. Der Seher Hellmut Brandenburg (Hauptbuchnummer 72473) ist wegen Resten und Nicht-

Gebrauchte und neue Druckereimaschinen, Schriften, Utensilien, kompl. Druckereierrichtungen kauft u. verkauft stets unt. günst. Beding. J. Herschbach, Köln, Magnusstr. 14.

Bohnender Nebenverdienst
Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdrucker

Freiwilligen Vertreter
für Abten, Mitzeln usw. bei sehr hoher Provision.
Kollege S. Mathaens, Dessau, Postfach.

Günstig für Buchdrucker! Neue Schnellpresse, Ziegel, Seht., Schneidemaschine, etwa 80 Schriften usw. Schönes Papiergeschäft, 6 Jahre bestehend, große Kundschaf, umständelhalber billig veräußert. Off. Postlagerkarte 80, Berlin 45.

Anzeigenmetteur
Für eine täglich zweimal erscheinende Zeitung wird ein unskizierter

Storrekter, Mithtiger

Linotypesetzer
(Doppeldecker), für Doppelschicht, Miße Säulen, für dauernd gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 286 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Monotypesetzer
flott und gewissenhaft arbeitend, der instand ist, einwandfreien Guß ablesen zu können, für Mitte bzw. Ende September in dauernde Stellung von größerer Verhändler in Großstadt Sachsens gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen, Tag des Eintritts und Aufgahbe von Referenzen unter Nr. 279 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Sandmaschinengießer
zum sofortigen Antritt in dauernde Stellung
ge sucht. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an Schriftgcherei C. E. Weber, Stuttgart.

Vulkaniseur und Stempelseher
findet dauernde Stellung bei
284] A. Signer, Nürnberg.

Rund- und Flachstereotypen
Sucht sich zu verändern, gleichviel wohin. Werke Offerten unter Nr. 297 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Stelle befeh
„Freie Volkszeitung“, Göttingen.

10 Lieferungen à 1 Mk.
umfaßt das rühmlichst bekannte Lehrbuch von Bauer-Waldow
Die Lehre des Akzidenzatzes
In vielen Tausend Exemplaren ist dieses bedeutendste aller Lehrbücher des Akzidenzatzes in Fachkreisen verbreitet. Das Werk behandelt den gesamten Akzidenzatz von Beginn seiner Entwicklung bis auf die gegenwärtige Zeit. Namentlich der moderne Akzidenzatz findet eingehende Behandlung, veranschaulicht durch zahlreiche Beispiele und erstklassige Proben, von denen zirka 80 Stück das Werk zieren. Die Lieferungen können in beliebigen Zeiträumen bezogen werden. (Porto pro Lieferung 20 Pf. extra.)
VERLAG JULIUS MÄSER, LEIPZIG

Gegen monatliche Leihzahlungen
von 2 Mk. an erhalten Verbandskollegen Brochhaus' **Al. Konversationslexikon** (2 Bde. 24 Mk.) von A. Siegt, München 2, Holzstraße 7. [76

Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. C. Frey, Frankfurt am Main 3.

Berein der Stereotypenre und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Umgegend
Sonntag, den 31. August, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale von Herrn Brunoffs, Brodshyranen:
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Beschlußfassung über § 4 des Statuts; 3. Verschiedenes. Im zahlreiches Erscheinen erucht

Zur gefälligen Beachtung!
Das Inseratenverlagbuch „Lokale Reklamankunft“ (200 Reklamainserate mit originalen Schlagwortgruppierungen) kostet im Buchhandel 3 Mk. Vom Unterzeichnen direkt bezogen 2 Mk. franco Nachnahme. Voreinsendung 1,80 Mk. Die Auflage ist bald vergriffen. G. W. Kramer, Essen-A., Birgitallstraße 13.

5 Pf.
Postkarte an Johann Meier, Hamburg 54b, Rosenstraße 47, schreiben. Illustrierte Preisliste über Dauerwäpche, Scherzartikel, interessante Bücher gratis und fr.

Sehen Die neue Prospekt
1 1/2 Mk. geometrische 1 1/2 Mk. G a b e l e r e
erfahenen in Braunschweig kostenlos

Am 25. August verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Richard Friedrich
aus Gufow i. d. M. [292
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Berlin-Schöneberg, 25. August 1913.
Die Kollegen der Rangenscheidtschen Buchdruckerei.

Seite vormittags 11 Uhr verschied im 90. Lebensjahre der Seniordecker der Firma C. S. Mettler & Söhne, Herr Buchdruckereibesitzer
Rudolph Mettler
[289

Er war uns ein lieber und gerechter Prinzipal. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Sever i. D., 23. August 1913.
Die Gehilfen der Buchdruckerei C. S. Mettler & Söhne.

Am 22. August verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges, werres Mitglied, der Seher
Henri Stephan
im Alter von 49 Jahren an Augenentzündung.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Strahburg.

Am 22. August verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges, werres Mitglied, der Seher
Henri Stephan
im Alter von 49 Jahren an Augenentzündung.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Strahburg.

Am 22. August verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges, werres Mitglied, der Seher
Henri Stephan
im Alter von 49 Jahren an Augenentzündung.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Strahburg.